



Zum BZMG-Kategorie

Die Causa Wurff

• Hintergründe zur Demontage eines Dezernenten •

12 BZMG-Artikel und 68 Kommentare von BZMG-Lesern

<http://www.bz-mg.de/category/themenreihen/reihe-causa-wurff>

Von Bernhard Wilms – 15.03.2015

Teil I: „Willst Du nicht mein Bruder sein ...“ • GroKo will Beigeordneten Andreas Wurff abberufen • Schlegelmilch bringt CDU zurück ins Fahrwasser früherer Jahre



Wer ohne das "richtige" Parteibuch in der Mönchengladbacher Führungsspitze seinen Job machen will, hat einen schweren Stand. Das soll nun auch der parteibuchlose Baudezernent Andreas Wurff erfahren.

Getrieben von der CDU hat die SPD gemeinsam mit dieser einen entsprechenden Antrag bei Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners eingereicht.

Begründung: „Das Verhältnis zwischen Rat und dem Beigeordneten ist nachhaltig gestört“.

Dass er das Ziel habe, Andreas Wurff „loswerden“ zu wollen, hatte CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans Peter Schlegelmilch noch am Abend der Stichwahl gegenüber unserer Zeitung angedeutet, war – vermutlich mit Blick auf die damals anstehenden Sondierungsgespräche mit den Grünen – jedoch nicht konkret geworden.

Konkreter hingegen wurden CDU und SPD in ihrem Kooperationsvertrag, in dem sich die CDU das Vorschlagsrecht u.a. für einen (neuen) Baudezernenten gesichert hatte.

Andreas Wurff wurde im April 2010 einstimmig vom Rat (also auch mit den Stimmen der CDU) für die Dauer von 8 Jahren zum Nachfolger von CDU-Mann Helmut Hormes gewählt.

Der Vertrag zwischen der Stadt Mönchengladbach und dem Beigeordneten Wurff läuft noch bis April 2018, also noch etwas mehr als 3 Jahre.

Mindestens bis zu diesem Zeitpunkt muss die Stadt, müssen die Mönchengladbacher Bürger, noch für sein Gehalt (jährlich ca. 94.000 EURO) aufkommen. Das würde den Haushalt mit über 350.000 EURO belasten.

Und das neben ähnlichen Bezügen, die ein neuer Baudezernent erhalten würde.

Denn: Wurff wäre gut beraten, sich etwa 3 oder 4 Jahre vor seiner Pensionierung nicht noch einmal um eine neue Stelle zu bemühen.

Was genau Schlegelmilch & Co. dem Baudezernenten vorwerfen, verschweigt die CDU.

Verschämt lautet dann auch die Nachricht an die übrigen Ratsfraktionen und die Presse:

„Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten Ihnen mitteilen, dass die Mitglieder der CDU/SPD-Fraktionen heute den Antrag auf Abberufung des Beigeordneten für Planung und Bauen nach § 71 Abs. 7 Gemeindeordnung NRW beim Oberbürgermeister eingereicht haben.

Wir halten diesen Schritt aufgrund des nachhaltig gestörten Vertrauensverhältnisses zwischen Rat und Beigeordnetem für unumgänglich.“ (Zitat Ende)

Man könnte es zu Schlegelmilchs „Arroganz der Macht“ zählen, wenn er sich zum Fürsprecher des „Rates“ aufschwingt und behauptet, „... zwischen Rat“ und Wurff gebe es ein gestörtes Vertrauensverhältnis.

Dass Schlegelmilch mit dem Vorwurf der „Arroganz der Macht“ leben könne, hat er schon bei manchen Gelegenheiten artikuliert oder durch sein Verhalten unter Beweis gestellt.

Die Tatsache, dass er nicht nach „Pfeifen“ tanzt, hat dem Beigeordneten Wurff im Laufe seiner bisherigen Mönchengladbacher Amtszeit nicht nur Freunde eingebracht.

Sollten bestimmte Personen aus der CDU oder deren näherem oder weiterem Umfeld versucht haben, Wurff zu Entscheidungen oder Aktionen zu veranlassen, die er nicht vertreten konnte, hat er diese ohne Parteibuch sicher besser ablehnen können als mit einem solchen.

Beispiele dafür gibt es sicherlich zuhauf. Offensichtliche sind die Ablehnung Wurffs gegen das Vorhaben der CDU-Bauunternehmer Bücken zur Ansiedlung von Kaufland in Holt und der Deal eben dieser beiden im Zusammenhang mit der, nach dem Innenstadtkonzept Rheydt vorgesehenen, Blockbebauung neben dem Postgebäude.

In beiden Fällen war es der offensichtlich CDU-nahe Ex-SPD-Oberbürgermeister Norbert Bude, der sich veranlasst sah, „von oben“ in den Zuständigkeitsbereich Wurffs einzugreifen und statt seiner die erforderlichen Dokumente unterzeichnete.

Sollten es diese oder ähnliche Situationen gewesen sein, in denen die CDU und ihr Fraktionsvorsitzende ihnen „nahestehende“ Architekten und Bauunternehmen gerne „zu Diensten gewesen“ sein wollten?

Oder hing es mit dem Wechsel des ehemaligen Leiters der Bauaufsicht, Peter Krämer (CDU) zusammen, der sich als „Chef-Lobbyist“ der Baufirma Jessen (einer der Bücken-Brüder ist CDU-Vorstandsmitglied in Rheydt) außergewöhnlich häufig in seinem ehemaligen „Chef-Bereich“ in der Stadtverwaltung aufhielt, und Wurff als Chef der Bauverwaltung etwas dagegen hatte?

Oder ist es die Berufung der parteibuchlosen Nachfolgerin von Krämer, die sich nicht als so „CDU-geschmeidig“ erweist, wie es sich Schlegelmilch & Co. wünschen?

Dass die SPD – bislang sprachlos – das Vorhaben Schlegelmilchs, Wurff „loszuwerden“, unterstützt, wird angesichts deren Abhängigkeit(en) nicht weiter verwundern.

Lies doch der Vorsitzende des Planungs- und Bauausschusses, Horst-Peter Vennen (SPD), in manchen Ausschusssitzungen unverhohlen seinen Unmut über „die Bauverwaltung“ erkennen.

Im Gegensatz dazu wollte es nicht so recht passen und erstaunte deshalb um so mehr, dass er den Baudezernenten nicht selten in Ausschusssitzungen „freundschaftlich“ mit dessen Vornamen ansprach und duzte.

Formell wäre eine Abberufung Wurffs nach § 71 Absatz 7 der Gemeindeordnung durchaus möglich. Danach kann ein Rat mit einer 2/3-Mehrheit (= 66,66%) der „gesetzlichen Zahl der Mitglieder“ einen Beigeordneten abberufen.

Da die GroKo mit 49 Stimmen über mehr als 70% verfügt, benötigt sie nicht einmal die Unterstützung der FDP. Wie diese sich positionieren wird, ist daher nicht so sehr von Belang.

Das letzte Mal als in Mönchengladbach ein Beigeordneter „fallengelassen“ wurde, war 1996. Damals war es Umweltdezernent Erich Oberem, der wegen eines „nachhaltig gestörten Vertrauensverhältnisses“ mit seiner Partei beim Thema „kleine Mülltonnen“ sein CDU-Parteibuch zurück gab.

Wen sich CDU und SPD als Wurffs NachfolgerIn ausgedacht haben, wurde natürlich noch nicht bekannt gegeben.

Es „muss“ auf jeden Fall ein „strammes“ CDU-Mitglied sein, will die Partei unter tätiger Mithilfe der SPD ihre durch nur fünf Jahre unterbrochene Bauunterstützung fortsetzen.

Der in Düsseldorf als Baudezernent tätige Gregor Bonin, wäre ein solcher Kandidat. Der aber dürfte sich wohl kaum verschlechtern wollen, wurde er doch 2014 noch rechtzeitig vor der „Düsseldorfer Ampel“ für weitere acht Jahre von CDU und FDP in seinem Amt bestätigt. Es könnte aber auch (s)eine Frau werden.

Sie hat nach der Kommunalwahl als planungspolitische Sprecherin der CDU Hans Wilhelm Reiners beerbt, ist Architektin und Mitglied im CDU-Kreisvorstand ...

8 Kommentare zu diesem Artikel:

Hauptredaktion schrieb am 27.01.2015 um 23:54 Uhr:

DIE LINKE verwehrt sich gegen den Versuch der GroKo für sie und den gesamten Rat sprechen zu wollen:

<http://www.bz-mg.de/politik-verwaltung-parteien/mg-verwaltung/die-linke-zur-begrundung-von-cdu-und-spd-einer-evt-1-abwahl-wurffs-nicht-in-unserem-namen.html>

Ypsilon schrieb am 28.01.2015 um 09:06 Uhr:

Widerlich, niveaulos aber typisch. Der Klüngel meldet sich mit Macht zurück aus dem Unter- bzw. Hintergrund, wo er still und emsig tätig war und endlich wieder ganz offiziell agieren kann.

Und die GröKoz-Partnerin SPD? Wie kommentierete hier jemand?

Da trifft auch die Wortschöpfung von Kommentator "Pluto" zu: Spezialdemokraten.

<http://www.bz-mg.de/politik-verwaltung-parteien/spd/sigmar-gabriel-zu-ttip-deutsche-sind-reich-und-hysterisch.html>

Wenigstens ist klar, wen man in dieser Stadt auch nie wieder zu wählen braucht. Zumindest mit dem aktuellen Personal. Danke für die Entscheidungshilfe!

Und Felix, der SPD-Fraktionsvorsitzende? Der „neue starke Mann der SPD“ (lt. RP). Stark, ähm, hustel!

Der ist glücklich, wie sein Name es schon sagt und macht alles mit, was der große Koalitionspartner will und glaubt (wie einst schon Bude), dass er auch was mit entschieden hätte. Eine glückliche Hand hat er bisher nicht bewiesen.

Die GröKoz (größte Kooperation aller Zeiten) ist im Klüngel endlich wieder angekommen, wo sie bis 2009 immer war. Damals nicht als GröKoz aber dank Ex-OB Bude schon sehr nahe dran.

Ab sofort also endlich ganz offiziell wieder alles beim Alten.

In der Ampelzeit war das Trauerspiel proudly supportet und presented von SPD-Bude, der selber kräftig im Klüngel mitmisch(e) und schon mal den Boden für diese GröKoz ebnete.

Ist schon ein Treppenwitz, dass er selber "leider, leider" dabei nicht mehr zum Zuge kam. Das bedauerte er ja sogar sehr! Dem ist eben nix peinlich. Oder merkt(e) der das nicht mal mehr?

O.k. gut für den Steuerzahler, dass der nicht mehr dabei ist, denn Mogelpackungen bekommt man als Verbraucher und Bürger täglich genug untergejubelt und zahlt für etwas, das man nicht will.

Dass die SPD sich derart „entwickelte“ ist unfassbar.

Aber was soll man von einer Partei erwarten, die den Genossen der Bosse in ihren Reihen hat, der die Bürger genauso verraten und verkauft hat, wenn auch noch viel schlimmer. Aber „weniger schlimm“, ist deswegen noch lange nicht besser!

Nach der Wahl ist eben anders als vor der Wahl. Weder CDU (neues Denken, neues Handeln!) noch SPD (mit 140 Jahren „Tradition“ – worin?) interessiert ihr Geschwätz von gestern.

Die SPD in Gladbach hat sich selbst abgeschafft. Null Konturen, null eigenes Profil, null eigene Inhalte, von Werten ganz zu schweigen. Der Pudel der CDU.

Digital Naiv. DAS versteht die SPD also unter MG_Urban.

War wohl zu viel Rock 'n Roll für CDU und SPD.

D.Breymann schrieb am 28.01.2015 um 12:18 Uhr:

...ach übrigens die Amerikaner waren gar nicht auf dem Mond...;-)

Hauptredaktion schrieb am 28.01.2015 um 14:37 Uhr:

Wie deren Fraktionsgeschäftsführer Joachim Stockschläger auf Nachfrage mitteilte, wird sich die FDP-Fraktion am kommenden Montag mit dem Thema "Abwahl des Baudezernenten" befassen und dabei ihr Abstimmungsverhalten festlegen.

M. Angenendt schrieb am 29.01.2015 um 08:56 Uhr:

Mond oder nicht Mond – ist wirklich egal. Wen interessiert das noch?

Nicht egal ist mir der Klüngel in dieser Stadt. Der ist real und keine Verschwörungstheorie.

Beispiel Ex-Bauordnungsamtsleiter Krämer und die Bauunternehmung Jessen/Viehof, für die der jetzt offiziell arbeitet. Ja, ja, der arbeitet dort bestimmt nur, weil dem zu Hause die Decke auf den Kopf fällt.

Finanzielle Probleme, wie heute bei vielen Rentnern leider üblich, können bei dem bestimmt keine Rolle spielen.

Brummbär schrieb am 29.01.2015 um 18:32 Uhr:

Gladbacher Klüngel = nur Verschwörungstheorie.

ROFLOL!!!!

Noch enne Buur schrieb am 29.01.2015 um 21:17 Uhr:

Och joo – Jlabach ä'éves!

Wat wed do vörr deWaal net alles vrspro'eke – mer maake dat, mr dont dat, on öerhaup – et wed alles völl bä'eter.

Nu hammer dr Schlot: en „Jroko“!

On wat maake de Sozis? Die halde et genau wie dat „Buschzäpfke“ (Merkel) – niks – lotte de Schwatte ma maake – dä vrjange OB wu'er jo enne ruet anjrestri'ekene Schwatte.

On dä nöe OB?

Dä kütt mesch vü'er wie enne JröBonkel (GrüBonkel) em Eeke (Eicken).

Statt do jäjen ü'ever dat „Minto“ (so enne kokolores) e paar Ä'esel hin zeställe, hödde de Stadtklötsche es bääs dä Aapefälse von dä Eeker Kreisel dohin plazert. On o'even dropp dr nöe OB. Do hödden och noch die angere Klozzköpp jenoch plazz jehatt. (Die hött esch och töscheduur af on to noch jät jevort)

On nu jeet et jäjen dä Wurff – dä mot vott – mr hand do schon jät Angisch en Petto – wat os dat kosste deet? Es doch ejaal – mr bruuke et jo net ze bezaale – do zocke mr jät mi'e de Bürjer aff.

Ejaal wä do en de Stadt dat Saare hatt: et wöd doch blos em Hengerzammer de Tapet jewä'eselt – ameng noch jät nö'e Värf an de Dühr – on schon jeet et em säleve Trott wigder.

Et hat sech doch jätt jeängert: min Hönner läje mi'e Eier – esch hann et Hönnervo'er jewäsel!

D. Pardon schrieb am 31.01.2015 um 13:36 Uhr:

Der in Oppositionszeiten von der CDU zur Schau getragene Selbstreinigungsprozess war jedenfalls eine PR-Glanzleistung. Respekt für den jetzigen OB – dieser Journalist verstand zumindest zum damaligen Zeitpunkt sein Handwerk.

Respekt auch für die SPD: Felix Heinrichs schaffte es in Null-Komma-Nix seine Partei als unzuverlässigen Koalitionspartner zu empfehlen. Oder kann man voller Vertrauen mit diesen Leuten noch Dezernenten wählen und Vereinbarungen treffen?

Eine gute Sache kann man dem Ganzen aber abgewinnen: besser in Berlin ein lebenserfahrener SPD-Vertreter mit Hintergrund, und sei es „nur“ ein Migrations-, als nur ein junger Hintergrund mit Studium. Das wäre für den Bürger doch eine zu teure Azubi-Zeit auf dem Weg zum geschliffenen Berufspolitiker.

Teil II: DIE LINKE zur Begründung von CDU und SPD einer evtl. Abwahl Wurffs: „Nicht in unserem Namen“



Die CDU und SPD begründen den Abberufungsantrag für den Planungs und Baudezernenten Andreas Wurff mit einem „nachhaltig gestörten Vertrauensverhältnisses zwischen Rat und Beigeordneten“.

Dazu erklärt der Linksfraktion Vorsitzende Torben Schultz: „Die GroKo spricht nicht in unserem Namen! Weder meine Fraktion noch ich sehen ein gestörtes Vertrauensverhältnis zu Herrn Wurff und wir sind Teil des Rates. Wer in solcher Arroganz der Macht meint nicht nur für die eigene Mehrheit sprechen zu müssen, sondern sich als Sprecher aller erhebt, der soll sein Demokratieverständnis dringend überprüfen.“

DIE LINKE werde dem Antrag unter keinen Umständen zustimmen.

Schultz weiter: „Herr Wurff wurde als einziger der derzeitigen Dezernenten in Mönchengladbach nicht nach Parteibuch, sondern nur nach Eignung ausgewählt.“

DIE LINKE hat auch bei zwei anderen Dezernenten mit Parteibuch für diese gestimmt.

„Parteibuch und Eignung schließen sich nicht zwangsläufig aus“, so Schultz, „Aber es bleibt eben immer ein leichtes Geschmäckle von Posten Geschacher. Darüber konnte Herr Wurff stets erhaben sein, er war immer nur der Sache verpflichtet.“

„Mir ist noch gut im Gedächtnis, wie Herr Wurff gerade mal paar Stunden in Mönchengladbach sich bei uns in der Fraktion vorstellte. Sofort hatte er das Kernproblem im Bereich ökologischer Verkehr erkannt und benannt: Das fehlende Radwege Netz“, schildert Schultz die erste Begegnung.

„Und seitdem hat er bei der Stadtentwicklung klare Akzente gesetzt und nicht intransparent mal eben vor Ladenschluss Baugenehmigungen in Holt ausgesprochen. Wir befürchten mit Herrn Wurff soll ein Hemmschuh für Hinterzimmerpolitik aus dem Weg geräumt werden. Aber wie auch immer, wir sind sicher, dass mit Herrn Wurff der Stadt ein wichtiger Planer verloren geht. Wir können nur auf Abweichler in den Mehrheitsfraktionen hoffen um so das Dezernat Planung und Bau weiter in guten Händen zu wissen.“

Teil III: Die unrühmlichen Rollen von OB Hans Wilhelm Reiners (CDU) und der SPD • Vis-à-vis-Interview mit Karl Sasserath (Grüne)



„Menschlich sicherlich bedauerlich. Aber ich teile die Sichtweise von CDU und SPD. Die Vertrauensbasis ist intern wie extern nicht mehr da, die Akzeptanz nicht erkennbar.“

Ich habe ernsthafte Gespräche mit ihm geführt, aber ohne Erfolg“, sagte Reiners der RP.

Dass es solche „ernsthaften“ Gespräche (plural) wirklich gegeben hat, wird schwer nachzuvollziehen sein, es sei denn es gäbe über solche „Personalgespräche“ Protokolle.

Wurff jedenfalls zeigte sich gegenüber der RP vom „Absoluten des Antrags“ der GroKo überrascht: „Wir hätten auch gemeinsam ausloten können, wie man andere konstruktive Wege geht. Das ist aber nicht geschehen.“

Eine solche öffentliche „Demontage“ eines Dezernenten durch einen Verwaltungschef ist ein ebenso einmaliger Vorgang, wie die Tatsache der geplanten Abberufung eines Dezernenten durch CDU und SPD.

Personalangelegenheiten in einer solchen Art und Weise öffentlich mit der Presse abzuhandeln, ist weder nachvollziehbar, noch hinnehmbar.

So etwas wäre selbst einem OB Norbert Bude (SPD) kaum in den Sinn gekommen, den Reiners im Kampf um das OB-Amt für das „schlechte Klima“ innerhalb der Verwaltung verantwortlich gemacht hatte.

Als ob dieses fragwürdige Verhalten noch nicht genug gewesen sei, wurde Reiners gegenüber seinen ehemaligen Journalistenkollegen von der RP noch deutlicher:

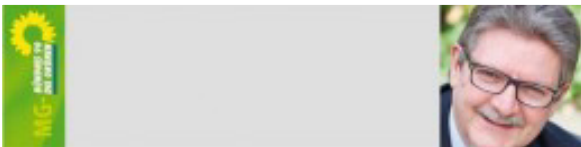
“Der Weg ist unvermeidlich. Bei einer offenen Abstimmung hebe ich auch die Hand für die Abberufung.”

Das mag zwar ehrlich klingen, macht jedoch deutlich, dass es ihm, was Personal angeht, eindeutig an Takt- und Fingerspitzengefühl fehlt.

Dies auch vor dem Hintergrund, dass er zum einen im Jahr 2010 Andreas Wurff mit gewählt hatte, zum anderen als CDU-Sprecher im Planungs- und Bauausschuss mit ihm zusammen gearbeitet hatte und dort er keine Kritik an Wurff, vor allem nicht in dieser Massierung geäußert hatte.

Das nährt die Vermutung, dass es – wie Karl Sasserath (B90/Die Grünen) es formulierte – um eine Art „Flurbereinigung“ seitens der CDU geht, die momentan in Dr. Gert Fischer nur einen Dezernenten stellt.

Man stelle sich vor, fünf Ratsmitglieder aus CDU und SPD würden ihren Fraktionsvorsitzenden bei einer sehr wahrscheinlichen geheimen Abstimmung die „Gefolgschaft“ verweigern.



Im Interview mit unserer Zeitung und im heutigen Pressegespräch war bei Karl Sasserath viel mehr als nur Enttäuschung über das Verhalten der heutigen CDU-Partner SPD zu spüren.

Hatten die Grünen doch durch ihr loyales Abstimmungsverhalten – auch über die Ampel-Kooperation hinaus – maßgeblich dazu beigetragen, dass die SPD die im Ampel-Vertrag vereinbarten Vorschlagsrechte für den Personal- und Ordnungsdezernenten Schnaß (SPD) und der in ein paar Tagen ihren Dienst antretenden Sozialdezernentin Schall (SPD) wahrnehmen konnte.

Offensichtlich hatte CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans Peter Schlegelmilch schon bei den Sondierungsgesprächen mit den Grünen Andeutungen hinsichtlich Unzufriedenheiten mit Wurff gegeben.

Auf das Angebot der Grünen zu einem klärenden Gespräch zwischen ihnen, der CDU und dem Baudezernenten war Schlegelmilch nicht eingegangen.

Danach waren die zweitägigen Sondierungsgespräche beendet.

Alles in allem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die kurzfristige Abwahl von Andreas Wurff Kernpunkt des „Kooperationsdeals“ zwischen CDU und SPD war.

... und hier das Interview zum Mit- oder Nachlesen:

BZMG: Herr Sasserath, das Thema ist bekannt. CDU und SPD wollen Herrn Wurff abwählen. In dem heutigen Pressegespräch haben Sie einen Aspekt hinein gebracht, der bemerkenswert ist und zwar die Verhaltensweise oder die Rolle von OB Reiners.

Können Sie das bitte noch einmal rekapitulieren? Welche Meinung haben Sie dazu?

Karl Sasserath: Der Oberbürgermeister übernimmt in der Stadt dem Grund nach drei Funktionen.

Er ist erster Bürger der Stadt, also Repräsentant der Stadt Mönchengladbach.

Er ist Vorsitzender des Rates.

Er ist gleichzeitig Verwaltungschef.

In der Rolle des Verwaltungschefs pflegt er eine enge Zusammenarbeit mit den Dezernenten. Es gibt eine wöchentlich tagende Verwaltungskonferenz, es gibt immer den Zugriff auf die Dezernenten, und es gibt dem Grunde nach eine Arbeitsebene.

Wenn auf der Arbeitsebene innerhalb der Verwaltung etwas nicht stimmt, d.h. arbeitsrechtlich oder disziplinarrechtlich, dann ist zunächst einmal die Frage zu stellen: hat der Oberbürgermeister das Gespräch mit Herrn Wurff über diese Fragen gesucht.

BZMG: Wissen Sie, ob es Gespräche gab?

Sasserath: Dazu gibt es aus meiner Sicht keine objektiven Anhaltspunkt. Da sind wir auf der zweiten Ebene und zwar auf der Ebene des Oberbürgermeisters als Vorsitzender des Rates.

Wenn es disziplinarrechtliche oder arbeitsrechtliche Vorwürfe gegen Herrn Wurff gibt, wonach er sein Amt nicht in der gebotenen Sorgfalt wahrgenommen hätte, dann wäre erst mal der Rat über diese Frage zu unterrichten gewesen und zwar im nichtöffentlichen Bereich, weil es sich hier um eine Personalangelegenheit handelt, die mit der gebotenen Sorgfaltspflicht zu handhaben ist.

Eine Unterrichtung des Rates ist nie erfolgt, auch von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein Angebot, das wir der CDU im Beisein von Herrn Reiners und Herrn Dr. Schlegelmilch frühzeitig unterbreitet haben, bei Unstimmigkeiten mit Herrn Wurff ein gemeinsames Gespräch zu suchen, auch dieses Angebot ist von Seiten der CDU nie gekommen. Von daher sind wir hier an diesem Punkt maßlos enttäuscht, dass ein Oberbürgermeister hingeht und sich an der öffentlichen Demontage eines Dezernenten beteiligt.

BZMG: Wann haben Sie dieses Angebot an die CDU gemacht?

Sasserath: Wir haben das schon im Rahmen der Kooperationsverhandlungen gemacht. Wir haben zwei Tage mit der CDU verhandelt und haben damals sofort, als Kritik geäußert wurde, angeboten mit der Beteiligung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit Herrn Wurff und der CDU ein Gespräch zu führen.

Das Angebot habe ich an Herrn Dr. Schlegelmilch gerichtet. Von diesem Angebot ist niemals Gebrauch gemacht worden.

BZMG: Das heißt also, es ist jetzt keine spontane Eingebung seitens der CDU und SPD gewesen, sondern das hat schon den Eindruck einer langfristigen Planung.

Sasserath: Also auf Seiten der CDU ist dieser Eindruck mit Sicherheit nicht von der Hand zu weisen.

BZMG: Ist Ihnen bekannt, ob die CDU mal mit Herrn Wurff gesprochen hat?

Sasserath: Das ist uns unbekannt. Ich erinnere nochmal daran, dass die CDU bei der Wahl 2010 für Andreas Wurff gestimmt hat. Der jetzige Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners war planungspolitischer Sprecher der CDU. Auf Grund dieser Aufgabe nach eine ganz enge Verbindung mit dem Dezernenten.

Wir haben in der Zeit bis 2014, im Grunde nach einer vierjährigen Zusammenarbeit, niemals eine Kritik von Herrn Reiners als planungspolitischer Sprecher der CDU vernehmen können. Man kann auch schlichtweg davon ausgehen, dass, wenn ein Dezernent auf unseren Vorschlag gewählt wird, wir natürlich auch in einer bestimmten Verantwortung stehen, und diese Verantwortung nehmen wir wahr.

Aber, in dieser Rolle hat man uns niemals kontaktiert und niemals abgefragt. Letzten Endes hat man auf unser Handeln verzichtet.

BZMG: Eine zunächst etwas vom Thema abweichende Frage. Wie lange ist Ihrer Auffassung nach eine Bündnisverpflichtung verpflichtend für alle Partner?

Hintergrund: Herr Wurff wurde von Ihnen vorgeschlagen, von der Ampel mitgetragen, von allen gewählt, damit auch von der SPD. Jetzt will dieselbe SPD oder die gleiche SPD, es sind ja andere Personen, denselben Dezernenten abwählen.

Gibt es dafür eine Erklärung?

Sasserath: Also der neue Fraktionsvorsitzende der SPD, Felix Heinrichs, hat mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, respektive mit mir oder irgend jemand anderem aus dem Fraktionsvorstand, niemals das Gespräch gesucht.

Die Vereinbarung, Herrn Wurff abzuwählen, darüber kann ich nur spekulieren, wird offensichtlich ein Teil der Vereinbarung gewesen sein, die dazu geführt hat, dass die CDU mit der SPD eine Kooperation eingegangen ist. Das heißt, an der Abwahl eines grünen Dezernenten wird die Kooperation zwischen SPD und CDU nicht scheitern.

Trotzdem ist das Zeichen, das von dort ergeht, fatal.

Erstens einmal, was eine Zusammenarbeit zwischen Grünen und SPD in Zukunft angeht. Ich glaube, dieses Verhalten belastet die Zusammenarbeit massiv. Ich erinnere daran, dass z.B. die Grünen sich, auch nach dem Zusammenbrechen der Ampel, immer kooperationskonform verhalten haben.

Wir haben den Weg mit unserem Abstimmungsverhalten dafür bereit, dass die SPD die vakante Stelle des Sozialdezernenten besetzen konnte. Die Voraussetzung dafür hat Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Stimmen geschaffen. Wir haben den Personaldezernenten Schnaß, den wir für eine Bereicherung der Stadt Mönchengladbach ansehen, selbstverständlich gewählt.

Wir haben uns in dieser Frage immer konform verhalten. Dem Grunde nach begeht die SPD hier einen schändlichen Vertrauensbruch.

BZMG: Was glauben Sie, welche Auswirkungen das Abwählersuchen, dieser gesamte Vorgang für die zukünftige Ratsarbeit, die Arbeit in den Ausschüssen und den Bezirksvertretungen hat?

Sasserath: Wir erleben ja jetzt schon, dass die Große Kooperation CDU und SPD im Grunde nach alles abspaltet, was nicht in den inneren Ring ihrer politischen Zusammengehörigkeit gehört. Gute Vorschläge aus dem Rat, so sie nun von den Linken kommen oder von den Grünen, werden überhaupt nicht mit der gebotenen Sachkenntnis und dem gebotenen Respekt behandelt.

Wir erleben zurzeit, dass die Strukturen innerhalb der Stadt so gesteuert werden, dass auch in den vielen Bereichen der Beteiligungsgesellschaften die Grünen von der parlamentarischen Kontrolle ausgeschaltet werden. Ich nenne z.B. die NEW AG oder die Kreisbau AG, wo wir nicht mehr vertreten sind. Oder in der GEM.

Ich nenne das Verfahren, das zuzueit Stellen im Wesentlichen mit der Qualifikation des CDU-Parteibuches besetzt werden und weniger nach der Frage der formalen Qualifikation. Dies setzt sich in das Baudezernat fort, und ich weise darauf hin, dass Bereiche wie die NEW AG, GEM oder Kreisbau AG und das Baudezernat, die großen Investitionsbereiche sind.

Dort, wo zig Millionen von Euro verbaut und investiert werden, wo politische Entscheidungen getroffen werden, die von großer finanzieller Bedeutung sind. Hier an dieser Stelle dem Grunde nach offensichtlich Personen installiert werden, die in erster Linie das richtige Parteibuch haben.

BZMG: Abschließend. Wenn man alles subsumiert, was Sie eben gesagt haben, kommt man zu dem Ergebnis, dass Sie offensichtlich der Meinung sind, dass der Vertrauensbruch, der jetzt kolportiert worden ist, nicht der wirkliche Grund für dieses Abwahlersuchen ist.

Sasserath: Nein. Es geht in dieser Frage ganz klar um einen Machtvollzug. In der französischen Revolution würde man das Thermidor nennen, wo im Grunde alles abweichende, was die Buntheit dieser Stadt und die Vielfalt dieser Stadt ausmacht, reduziert wird auf CDU und SPD.

Das löst natürlich Angst aus und das wird auch zu einer Entpolitisierung in Mönchengladbach beitragen. Das verheißt nichts Gutes. Das hat schon in der Zeit von 1989 bis 1995, wo wir schon einmal eine große Kooperation in Mönchengladbach gehabt haben, für die Stadt nichts Gutes gebracht.

Mönchengladbach stehen hier keine guten Zeiten ins Haus.

BZMG: Danke schön für das Gespräch Herr Sasserath.

Sasserath: Bitte schön.

24 Kommentare zu diesem Artikel:

Stadtilzer schrieb am 30.01.2015 um 09:48 Uhr:

Dass OB Reiners zur CDU gehört und CDU-Politik im Großen und Ganzen machen muss war von Anfang an klar.

Die ersten Eindrücke waren (zumindest von außen betrachtet) gut. Was Herr Reiners nun hier abliefern ist ganz schlechter Stil! So geht man nicht mit Menschen um. Ob Hausmeister oder Dezernent. Kann mir nicht vorstellen, dass das Vertrauen in der Verwaltung fördert.

Dass die Kummer gewöhnt sind, ist zwar klar, aber es muss nicht immer wieder aufs Neue bewiesen werden, welche Macht die Politik dort hat! Das ist auch so klar.

Auch wenn es „eigentlich“ nicht so sein sollte. Dass Gesinnungen und Parteibücher in der Verwaltung schon immer eine Rolle spiel(t)en und nicht unbedingt zur Verbesserung des Klimas beitragen/beitragen ebenfalls.

Dieses Benehmen erinnert zwingend an das, was man Mobbing nennt. Über jemanden hinweg agieren und auch gleich öffentlich, sogar mit der Presse (!!) Personalfragen erörtern und diese

veröffentlicht das auch noch genussvoll! Geht GAR NICHT!

Für so etwas gibt es Seminare für Personalführung, wenn man offensichtlich (leider) nicht weiß, wie man mit Mitarbeitern umgehen muss!

Warum gleich den Elefant im Porzellanladen geben, nur weil es politisch gewollt ist?

Das wäre auch eleganter möglich gewesen!

Noch enne Buur schrieb am 30.01.2015 um 11:21 Uhr:

Wie wu'er dat do möt de Schwatte?

Nö Danke – Nö Hangele?

Von wäje – alde Wiin en nö'e Schläusch!

Die Schwatte sollden et bääs enns „Kloore Wiin“ en schänke!

Wenn se dat dont, kippe se dä Wiin en „transparente“ Jläser, domöt kenne dä kloore Wiin sütt.

Tja – on osere nö'e OB H.W. Reiners? Äh – enns enn Vroch: „Hat dä överhaup enn Ahnung von Stadtverwaltung?“ Oder häng dä en Jedanke noch be de Rheinische Pest (Tschuldigung – mot nütürlisch „Post“ heesche)

Op däm Reiners sin Hompätsch wimmelt et jrad esu von de „RP“.

Wenn esch mesch esu dat Spellsche von de Schwatte aanluure donn – eene Schritt no vü'ere – vönnef Schritt no Henge!

Wat hee en Jlabach tällt es doch dä ritschtije „Passerschiin“ – es dä schwatt, kannste möt an de Värkeströsch – es dä ru'et, jeet et jrad noch – do kannste af on to enns möt schlürfe. Hat dä Passerschiin en anger Värf, hasste Pesch jehat. Do kannste blos noch tookikke.

On dat Volek (de Wähler) kenne doch blos noch de „dree B“:

Blödzidung

Bundeslija

Beer!

Vroot man op de Stroot de Lüüt no „Politik“ – „Esch hann jrad kenn Tiit – Borussia spellt“!

Nu mot esch och enns i'erisch sen: „Min Hönner send och net „Tranparent“ – die läje de Eier dohin wo se wolle“! Die hand sesch dat waal be de Schwatte affjeji'eke.

D.Breymann schrieb am 30.01.2015 um 12:23 Uhr:

Diese Selbstgerechtigkeit der Grünen Fraktionspitze ist kaum zu ertragen.

Wer offenen Auges durch unsere Stadt ging, wer bereit war, den Betroffenen zuzuhören, weiß, dass dieser Schritt letztlich unvermeidlich war.

Bei der Abwägung zwischen der Fürsorgepflicht für unsere Stadt und der für den persönlich untadeligen Dezernenten konnte und durfte nur zugunsten der Stadt entschieden werden.

Der Befragte und wohl auch Stichwortgeber dieses "Interviews" definiert nicht nur Wahrheit originell, er kennt offensichtlich auch nicht die Voraussetzungen des jetzigen Antrags.

Seine mangelnden juristischen Kenntnisse waren mir bekannt; allerdings scheint es mit dem Wissen über die Französische Revolution auch nicht sonderlich weit her zu sein.

Anders kann ich seine Äußerung zum Thermidor (zunächst mal nur eine Monatsbezeichnung!) nicht deuten.

Nein! Mit "solchen" Grünen ist wahrhaft keine Stadt zu machen.

Wie bedauerlich, wenn ich an alle die seriösen Grünen Kollegen in Rat, Bezirksvertretungen und der Grünen Partei denke.

Verletzte Eitelkeit war nie ein geeigneter Kompass für gute, seriöse Politik!

Henner Steigert schrieb am 30.01.2015 um 13:06 Uhr:

@D.Breymann

Auch wenn ich kein Freund der Grünen bin, ist mir bei diesem Vorgang Selbstgerechtigkeit allemal lieber als arrogante Selbstgefälligkeit!

Torben Schultz schrieb am 30.01.2015 um 13:15 Uhr: | [Bearbeiten](#)

Lieber Glossi,

als ich heute die Webseite der CDU anschaute sah ich auch diese "Bekanntmachung":
<http://www.cdu-mg.de/inhalte/2/aktuelles/73092/cdu-und-spd-beantragen-abwahl-des-technischen-beigeordneten/index.html>

Deswegen wollte ich Sie als Medien-Experten fragen:

Seit wann ist die RP auch offiziell das Presseorgan der CDU?

Oder wie habe ich das "Wir sagen niX, aber lesen sie doch die RP" zu verstehen?

Schon mal vielen Dank für ihre Hilfe

Torben Schultz

Glossi schrieb am 30.01.2015 um 19:07 Uhr:

Lieber Torben Schultz,

da haben Sie mich aber überrascht, weil Sie mich direkt anschreiben.

Obwohl, gefreut hab ich mich schon sehr darüber (bin ich hier ja doch nur sowas wie der Praktikant) und zumal ich ja zu der Sache hier noch gar nichts von mir gegeben habe.

Nicht für Sie, Herr Schultz, sondern für alle, die nun meinen, Ihr Kommentar sei abgesprochen, damit ich was schreiben kann: Nichts ist abgesprochen!

Nun zu Ihrem Kommentar:

Also zunächst auch noch danke für die „Blumen“ von wegen „Medien-Experte“ und so ... Das ist nun tatsächlich viel zu viel der Ehre, nehme ich aber gerne 😊.

So wie das bei der CDU seit geraumer Zeit läuft, muss man gar keiner sein, um zu erkennen, dass die RP das Zentralorgan der CDU ist, und das nicht nur in Gladbach.

Nun will ich mich hier nicht über „Kollegen“ auslassen, nur so viel:

Es ist kein Geheimnis, dass unser neuer CDU-Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners lange Jahre bei der RP seine Brötchen verdient hat, was nichts Ehrenrühriges ist.

Danach wurde er – auch bekannt – Fraktionsgeschäftsführer der CDU in Mönchengladbach. Auch nichts Schlimmes.

Auch Fabian Eickstedt war bei der RP und wurde nach einem Intermezzo als Rechtsanwalt im Büro von (CDU-)Breymann Reiners' Nachfolger auf dem Geschäftsführerstuhl der CDU-Fraktion. Auch O.k. Von irgendetwas muss man ja schließlich leben 😊.

Jetzt zu Ihrem Link auf die CDU-Seite.

Damit auch die, die den Link nicht anklicken wollen, hier die „Bekanntmachung“ der CDU, auf die Sie sich beziehen:

„CDU und SPD beantragen Abwahl des technischen Beigeordneten“

(jkl) – CDU und SPD im Rat der Stadt haben die Abwahl des technischen Beigeordneten beantragt. Alle 29 Mitglieder der CDU-Ratsfraktion und alle 20 Mitglieder der SPD-Ratsfraktion unterzeichneten den entsprechenden Antrag persönlich.

Dies ist aus rechtlichen Gründen ebenso notwendig, wie der knappe Antragstext ohne Begründung:

Die Unterzeichner beantragen:

1. Der Beigeordnete Andreas Wurff wird abberufen.
2. Die Abberufung wird für sofort vollziehbar erklärt.

Frühestens sechs Wochen nach Einreichung des Antrags, kann der Rat der Stadt über den Antrag entscheiden.

Wir bitten um Verständnis, dass die CDU Mönchengladbach auch an dieser Stelle keine weiteren öffentlichen Erklärungen machen kann und wird. Wir verweisen lediglich auf entsprechende Presseberichte – zum Beispiel „hier in der Rheinischen Post Mönchengladbach“.

Hier endete die "Bekanntmachung"

Von der hab' ich mir vorsichtshalber schon mal einen Screenshot gemacht. Denn, das ist wirklich schon etwas ganz Besonderes!

Aber nicht nur deshalb, sondern auch, weil es gerade auf dieser (CDU-)Seite „Fälle“ gab, in denen eine „Meldung“ plötzlich verschwunden war. „Löschen möglicherweise, „nur mal so rausgerutschter“ Meldungen“ nennt man das.

In einem Fall bedauere ich das wirklich sehr, handelte es sich doch um eines meiner Lieblingsvideo mit Herrn Schlegelmilch vom CDU-Parteitag. War wohl dann doch zu peinlich. 😊

(Aber, wir haben ja welche ... hier in der Bürgerzeitung).

Und damit das nicht allzu häufig passiert, gibt es auch kaum noch wirkliche Pressemitteilungen der CDU. Weder von der Partei noch von der Fraktion.

Kommen dann doch mal welche, dann fast immer mit Links auf die besagte CDU-Seite. Da können die Interessierte ja mal reingucken (oder auch nicht).

Eine Pressemitteilung kann man – wenn einmal verschickt – nicht mehr „löschen“, Einträge auf der eigenen Seite schon.

Also richtig „tricky“ ... aber sowas von leicht durchschaubar ... auch wenn der „Chef-Agitor“ der CDU das bestimmt wieder als „Verschwörungstheorie“ abtun wird ... wenn er es denn tut 😊.

Weil ich nur hoffen kann, Ihre Frage einigermaßen beantwortet zu haben, hier das Ganze nochmal in Kurzform im Klartext:

Ja, es ist sehr naheliegend, sogar hochwahrscheinlich, dass die RP das Presse(Zentral)organ der CDU ist.

Und ja, in der RP erscheinen manchmal Dinge, die sich die CDU offiziell nicht zu schreiben wagt.

Übrigens: Wenn es denn mal eine CDU-Pressemitteilung gibt, die auch Inhalte und nicht

nur besagten Link auf die CDU-Seite hat, dann kann man feststellen – wenn man denn darauf achtet – dass diese Infos entweder schon wesentlich früher oder aber nur knapp ein paar Minuten vorher in der RP-online-Version zu lesen sind.

Übrigens auf der mittlerweile von der RP okkupierten WZ-Redaktion auch. Sozusagen eine „Nebenstelle“ des CDU-Zentralorgans. Wenn schon, dann richtig. 😊

Das wollt' ich Ihnen nur mal gesagt haben, lieber Herr Schultz.

Ihr Glossi

M. Angenendt schrieb am 30.01.2015 um 23:41 Uhr:

@ Noch enne Buur

Herrlicher Kommentar! Vor allem das Ende über Ihre Hühner, zur Transparenz und der der Schwatten. Passt!

Och @ Breymann! Sie sind nicht minder originell und obendrein kryptisch in Ihren Aussagen.

Ihre „Sympathie“ für die Grünen und Herrn Sasserath im besonderen springt einen regelrecht aus jedem Wort an.

Damit kein falscher Eindruck entsteht. Ich habe da keine Vorlieben, weil ich schon vor vielen Jahren beschlossen habe nicht mehr wählen zu gehen.

Was das gebracht hätte (gebe zu, war mal SPD-Wähler – shame) sehe ich aktuell an der GroKo im Bund und leider auch in dieser Stadt. Das ist überhaupt nicht in meinem Sinn.

Weil das schon lange so ist, dass ich nicht erkennen kann, dass etwas wie z.B. in Wahlprogrammen verkündet, umgesetzt wird oder in meinem und dem Sinn der meisten Wähler gehandelt würde, hat sich wählen für mich erledigt.

Sie schreiben:

„Wer offenen Auges durch unsere Stadt ging, wer bereit war, den Betroffenen zuzuhören, weiß, dass dieser Schritt letztlich unvermeidlich war. Bei der Abwägung zwischen der Fürsorgepflicht für unsere Stadt und der für den persönlich untadeligen Dezernenten konnte und durfte nur zugunsten der Stadt entschieden werden.“

Ich persönlich gehe bereits ca. 50 Jahre durch diese Stadt und konnte, trotz offenen Augen, wenn auch mit Brille, das muss ich vorsichtshalber dazu sagen, nichts erkennen, das mich in den letzten Jahren veranlasst hätte zu sagen: „Also dieser Baudezernent, der hat hier aber auch gar nichts im Griff!“

Woran hätte ich das erkennen können oder müssen? An den Arkaden, die ich auch nicht will aber hinnehmen muss?

Daran hätte auch ein Herr Wurff nichts ändern können, weil Teile "unserer" Politiker tatsächlich glaubten und noch immer glauben, dass die alternativlos sind und eine Bereicherung für die Stadt sind ...

Wir werden es erleben. Schade ist nur, dass man Politiker, die viele Bausünden mit verursachten, nicht zur Verantwortung ziehen kann!

Ich sehe aber auch sehr deutlich, dass diese Stadt in den letzten zehn Jahren immer mehr verdreckt und verwahrlost, weil an den falschen Stellen gespart wird/wurde.

Betroffenen zugehört habe ich allerdings in den letzten 20 Jahren schon. Wenn auch nur zwangsweise, weil die von ihrem Frust erzählten.

So dem Nachbarn, der vor rd. 10 Jahren mal ewig lange brauchte, damit er eine Genehmigung für den Anbau eines Wintergartens bekam. Dauerte so schlappe 8 oder 10 Monate. In Korschenbroich geht sowas ratz fatz.

Von einem Kollegen weiß ich, dass der den verwegenen Wunsch hatte ne Garage anzubauen. Das dauerte noch länger.

In beiden Fällen soll das daran gelegen haben, dass das Bauamt nicht gerade üppig mit Personal ausgestattet ist. Das habe ich schon häufiger gehört. Nicht nur von besagtem Nachbarn und Kollegen.

Es soll tatsächlich viel zu wenig Personal im Bauamt geben. Vor einigen Jahren habe ich mal von jemandem gehört, dass das auch gewollt wäre, weil dann z.B. die wohl bekannteste Bauunternehmung dieser Stadt schon mal vieles vorbereiten kann, damit die vom Bauamt dann nicht mehr „so viel Arbeit damit haben“.

Gesprochen wurde immer wieder darüber.

Klar dachte ich sofort wieder dran, als ich las, dass der ehemalige Leiter des Bauordnungsamtes seinen wohlverdienten Ruhestand arbeitend oder was der dort macht, bei der Bauunternehmung Jessen verbringt.

In dem Zusammenhang kriegt man logischerweise schon mal komische Gedanken. Übrigs habe nicht nur ich die. Oder ist das Verschwörungphantasie, wenn ich und andere so denken (müssen)?

Krefeld hat viel mehr Personal im Bauamt als das größere Gladbach.

Na ja und dann, was soll das heißen von wegen „Abwägung der Fürsorgepflicht für unsere Stadt“ und dagegen die Aussage: „...und der für den persönlich untadeligen Dezernenten“?

Was kann ein persönlich untadeliger Dezernent an Fürsorgepflicht verletzt oder unterlassen haben? Wenn er was verletzt und/oder unterlassen hat, kann er doch nicht untadelig sein?

Oder doch?

Oder ist das Juristensprache und anders gemeint als ein Laie wie ich das werte und nur für Insider gedacht?

Für mich geht es hier der GroKo und dabei vor allem der CDU, einzig und allein darum den "passenden" und "willigen" Dezernenten mit dem Parteibuch der CDU einzusetzen, damit wieder alles laufen kann wie bis 2009.

Mies ist, dass die SPD dieses üble Spiel mitspielt. Aber was soll man von denen auch noch erwarten können?

Und mies ist auch der Umgang mit der Sache in der Öffentlichkeit. Ganz, ganz schlechter Stil!

Noch enne Buur schrieb am 31.01.2015 um 08:30 Uhr:

Leven Jlossi,

vrö'er hann esch de „RP“ lange Joor en et Huus jekräje. Do han esch sojar de Eier drinn vrpakk. Möt de Tiit wu'ed et mesch äver dat Blättsche ze schwatt.

Dat wu'er och dii Tiit, wo dä Pastuur von de Kanzel jede Sonndach dr „Hirtenbrief“ vü'erjelä'ese hat. (Dat wu'er de meeste Tiit pro Schwatt)

On Hüüt?

Die kruupe doch de Schwatte en dr Hengisch. Ens jät över de Schatte ze saare, dat jo bal esu jät wie Jotteslästerung.

Ochjo – wenn do em „Minto“ enne Sak Jipps ömjevalle es – dr näkste Daach steet dat en de „RP“.

„RP“ on de Schwatte – dat es doch een Votthaueree!

On de Eier von minn Hönner? Die wä'ede een Eierkatongs vrpakk.

D. Pardon schrieb am 31.01.2015 um 13:34 Uhr:

Ich stimme Herrn Breymann bei seiner Aussage „Wer offenen Auges durch unsere Stadt ging, wer bereit war, den Betroffenen zuzuhören, weiß, dass dieser Schritt letztlich unvermeidlich war“, zu.

Wie Herr Jüngermann heute als ein wichtiger Meinungs-Macher-Mensch-Gladbach schließlich trefflich feststellte, müssen wir uns alle fragen:

Brauchen wir schwerpunktmäßig einen Stadtplaner oder einen Organisator im Bauamt?

Natürlich brauchen wir einen Organisator, der diesen Lotterhaufen endlich mal auf Fahrt bringt.

Herr Wurff mag schließlich ein hervorragender Stadtplaner sein, doch wer braucht diesen noch angesichts eifriger Masterplaner?

Vor diesem Hintergrund war dieser Dezernent von Großkotz-Beginn an ein Störfaktor.

Die Angestellten des Bauamts freuen sich jetzt, dass die CDU endlich bei der bekanntlich dünnen Personaldecke ihre Fürsorgepflicht entdeckt: „Bei der Abwägung zwischen der Fürsorgepflicht für unsere Stadt und der für den persönlich untadeligen Dezernenten konnte und durfte nur zugunsten der Stadt entschieden werden“, meint Herr Breymann.

Also freut euch, liebe Mitarbeiter: Der neue Dezernent bringt nicht nur Organisation und Schwung in Euren Laden, sondern Eure Arbeit wird zu Eurer Entlastung auf externe Masterplaner ausgesourct, damit das Bauamt endlich wieder läuft wie geschmiert.

Das sollte uns Bürger doch die Kleinigkeit von 200.000 € für die vorzeitige Freistellung eines Beigeordneten wert sein, oder? Schließlich bleibt dann endlich mehr Zeit, um auch Bauanträge kleiner Leute schneller, freundlicher und ohne Salami-Taktik zu bearbeiten.

Halt Pohl, Gladbach.

D. Pardon schrieb am 31.01.2015 um 14:04 Uhr:

Lieber Herr Sasserath,

Sie gefährden unsere Demokratie.

Sie, mit Ihren Behauptungen, Ihrer anrührenden Geschichte um die Absetzung Ihres Baudezernenten (wobei: Ist es nicht auch der von SPD und FDP?).

Fakt ist: Ihr Dezernent ist überfordert. Die Bearbeitung von Anträgen dauern (wie schon zu CDU-Zeiten) Monate, Investoren werden verprellt (wie man am Beispiel eines Geschäfts für Karnevalsartikel lesen konnte, wer wurde noch verprellt? Ach ja, da war doch mal die Sache mit der Skihalle, die nun in Neuss steht)

Herr Sasserath, seien Sie endlich still, wie es sich für eine Opposition gehört, und hören Sie damit auf Politikverdrossenheit weiter zu nähren.

Ja, Sie nähren Politikverdrossenheit. Meint zumindest Herr Jüngermann.

Und der muss es in seiner ausgewogenen Weisheit ja wohl wissen (an dieser Stelle ergreift mein Herz Sehnsucht nach Herbert Baumann und sei-

ner ausgewogenen Feder, aber das war in einem anderen Zeitungsleben...)

Obwohl mir nach wiederholtem Lesen seiner heutigen Analyse leise Zweifel kommen:

Das Ganze ist ja Satire, also überhaupt nicht ernst gemeint, nur überspitzt, nicht wahr?

Hoffentlich erkennt das auch jeder Leser, sonst denkt der wirklich, im Gladbacher Stadtrat regiert der Größenwahn und bekommt es womöglich mit der Angst zu tun.

Halt Pohl zum Zweiten.

Ypsilon schrieb am 1.02.2015 um 22:01 Uhr:
[| Bearbeiten](#)

@ Breymann schrieb:

„Seine mangelnden juristischen Kenntnisse waren mir bekannt; allerdings scheint es mit dem Wissen über die Französische Revolution auch nicht sonderlich weit her zu sein. Anders kann ich seine Äußerung zum Thermidor (zunächst mal nur eine Monatsbezeichnung!) nicht deuten.“

Hhm. „Zunächst mal nur eine Monatsbezeichnung!“

Dann ist es umgekehrt entweder mit Ihren juristischen Kenntnissen hoffentlich besser als mit den geschichtlichen und der Kenntnis des Begriffes Thermidor oder Sie wollten nicht mehr als die Monatsbezeichnung in den Vordergrund stellen, weil der Ausspruch von Herrn Sasserath damit selbstverständlich absolut nichts zu tun hatte.

Thermidor passt in zweierlei Hinsicht sehr wohl und wird in genau dem Sinne (Absetzung, Sturz) angewandt:

„Die Absetzung Robespierres am 27. Juli 1794 bezeichnet man nach diesem Monat als Thermidor.“

<http://de.wikipedia.org/wiki/Thermidorianer>

„Die „Bergpartei“, eine radikale Fraktion innerhalb der Jakobiner, trat für die Rechte der armen und kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten ein. Sie wurde mit der Hinrichtung von Robespierre und durch die Machtübernahme der bürgerlich-kapitalistischen Thermidorianer unterdrückt und allmählich marginalisiert.“

<http://www.grin.com/de/e-book/108162/vom-direktorium-zur-aera-napoleons>

Zu dem Statement:

„Wer offenen Auges durch unsere Stadt ging, wer bereit war, den Betroffenen zuzuhören, weiß, dass dieser Schritt letztlich unvermeidlich war.“

Zunächst muss mal festgestellt werden, wie Verwaltung und Politik überhaupt zusammen arbeiten (sollen). Es gilt immer noch der Satz: Politik steuert, Verwaltung rudert.

Ergebnisse dazu sind in unserer Stadt zu besichtigen.

Die hundsmiserable „Stadtplanung“ der CDU-Politiker und deren jeweiliger Kooperationspartner verdient diese Bezeichnung nicht und war und ist überwiegend interessengesteuert, und hat in dieser Stadt ihre grausigen Spuren hinterlassen.

Zig Gebäude z.B., die schützens- und erhaltenswert gewesen wären, fielen diesen sogenannten „Zukunftsplanungen“ gepaart mit Banausentum inklusive Vorteilsnahme zum Opfer.

Was den Baudezernenten Wurf anbelangt, hatte und hat er einen schweren Stand. Wer nicht so funktioniert wie gewünscht (wie es vor allem Politik und Klüngel will) jessen ja, der stört grundsätzlich.

Dazu kommen große Projekte, die umgesetzt werden mussten: Arkaden, Innenstadtkonzept Rheydt, Luftreinhalteplan und Lärmaktionsplan (zwar gesetzlich vorgegeben, mit beidem kann man sich aber keine Freunde machen!), LKW-Routenkonzept, Odenkirchener Zentrum, Umbau Aachener Straße, plus die „normale“ tägliche Arbeit.

Dazu kamen dann auch noch die Rock-am-Ring-Träume, für in der Verwaltung alles stehen und liegen gelassen werden musste, damit, bitte schön, Unmögliches hätte möglich gemacht werden sollen.

Das alles muss(te) mit einem seit Jahrzehnten chronisch (und von CDU & Co. politisch gewollt) unterbesetzten Baubereich gestemmt werden.

Sicher gab es auch Fehler, das ist normal, denn wer arbeitet schon komplett fehlerfrei.

Was hier in Bezug auf den Baudezernenten abläuft ist so durchsichtig, dass man sich diese Transparenz endlich überall wünschen würde.

Ach ja, wird überhaupt noch eine Ausschreibung für einen neuen Baudezernenten benötigt?

D.Breymann schrieb am 1.02.2015 um 23:56 Uhr:

LOL@ypsilon:

Die ganze Zeit habe ich darauf gewartet, dass mir der Pass mit dem Thermidor wieder zugespielt wird, danke dafür.

Sie haben natürlich Recht mit der Konnotation der Monatsbezeichnung. Unter Thermidor versteht man auch die Entmachtung von Robespierre und seiner blutrünstigen, die Guillotine anbetenden Clique. Dann nehmen wir doch mal diese Bedeutung und stellen Sie in Zusammenhang mit der Äußerung des Grünen-Sprechers.

Dieser äußert wörtlich:

Sasserath: "Nein. Es geht in dieser Frage ganz klar um einen Machtvollzug. In der französischen Revolution würde man das Thermidor nennen".

Also dürfen wir die Abwahl der Baudezernenten mit der Entmachtung von Robespierre vergleichen?

Wird also das Schlechte entmachtet, um das Gute wieder zum Zuge kommen zu lassen? oder wie muss ich den schiefen Vergleich von Herrn Sasserath verstehen?

Nein es ist und bleibt falsch. Hier gibt es keinen "Machtvollzug".

Die Verschwörung gibt es nur in den Köpfen einiger weniger, die alles für Verschwörung halten, das von der CDU initiiert wird.

Wir wollen die Verwaltung arbeitsfähig machen. Lassen Sie sich gesagt sein, dass dies allen Betroffenen gegenüber sehr offen kommuniziert wurde und zwar schon länger. Das weiß auch Herr Sasserath.

Wenn man alle die Kritikpunkte nicht öffentlich anführt, so dient dies alleine dem Betroffenen selbst.

Es ist scheinheilig, dass uns nun gerade die Kritiker unseres Vorhabens zwingen wollen, den angeblich von ihnen Unterstützten öffentlich vorzuführen.

Das machen wir nicht mit.

Die Verschwörungstheoretiker mögen sich dadurch bestätigt fühlen aber denen reichte eh kein von uns genannter Grund, da die Amerikaner so oder so nicht auf dem Mond waren...

Ypsilon schrieb am 2.02.2015 um 10:54 Uhr:
[| Bearbeiten](#)

@ Breymann

Klar, dass Sie es so auslegen, damit hatte ich selbstverständlich auch gerechnet, ja erwartet.

Sie hatten schließlich geschrieben: „Anders kann ich seine Äußerung zum Thermidor (zunächst mal nur eine Monatsbezeichnung!) nicht deuten.“

Zitat : „Sie (die Bergpartei) wurde mit der Hinrichtung von Robespierre und durch die Machtübernahme

der bürgerlich-kapitalistischen Thermidorianer unterdrückt und allmählich marginalisiert.“

Kann man durchaus auch anders auslegen. Wobei es dabei allerdings mehr um die Redewendung geht, die genau in dem Sinn angewendet wird: Sturz, Abwahl o.ä.

Auch wenn Sie noch so häufig die „Verschwörungstheorie-Keule“ auspacken, Tatsache ist und bleibt, dass der Gladbacher Klüngel Realität ist.

Dass Sie das anders sehen, ist nicht mehr als normal. Würde ich an Ihrer Stelle vielleicht auch. Aber nur vielleicht.

D. Pardon schrieb am 2.02.2015 um 11:01 Uhr:

Es ist schon seltsam, wie der eine Dezernent aus Fürsorgepflicht gegenüber der Stadt (damit sind ja wohl auch alle Bürger und Steuerzahler gemeint) demontiert wird, während ein anderer bei der 6. Gesamtschule für Missmanagement und finanzielles Desaster steht ohne irgendwelche Klagen von CDU oder SPD zu hören und ausgiebig weiter im Trüben fischen darf.

<http://www.bz-mg.de/politik-verwaltung-parteien/mg-verwaltung/cdu-dankt-ihrem-beigeordneten-dr-gert-fischer-fur-partekonformitat-mit-wiederwahl-und-beforderung-%E2%80%A2-spd-macht-mit.html>

D. Pardon schrieb am 2.02.2015 um 11:23 Uhr:

Richtig, Herr Breymann, hier gibt es keinen Machtvollzug – nur eine Korrektur einer aus CDU- und erstaunlicherweise nun auch SPD-Sicht unerfreulicher Vorgänge bei der Wahl von Dezernenten.

Geld spielt keine Rollex.

Und um die bis dato öffentlich geäußerten "sachdienlichen" Argumente der CDU (die SPD ist wohl noch mit dem Aufbau ihrer Argumentationskette beschäftigt) rund um den Rauswurf zu untermauern, bekenne ich in vorausgehendem bürgerlichen Gehorsam freimütig: Ich bin ein "Verschwörungstheoretiker" und sehe das Ganze mit närrischem Humor.

Stadtfilzer schrieb am 2.02.2015 um 21:26 Uhr:
[| Bearbeiten](#)

@ D. Pardon

Auch ich gehöre zum Kreis der bekennenden sogenannten Verschwörungstheoretiker. Willkommen im Club!

Tja, so ist das nun mal leider. Der eine (Dr. Fischer) macht millionenschwere Fehler (so schlappe 16 Millionen), der andere (Herr Wurff) soll für Dinge büßen (z.B. lange Bearbeitungszeiten, die in Gladbach seit Jahrzehnten „Tradition“ haben), die auch darin begründet sind, dass das Baudezernat chronisch unterbesetzt ist und die Mitarbeiter dort ständig umständehalber (Unterbesetzung!) gezwungenermaßen an ihren Leistungsgrenzen sind.

Was übrigens nicht nur dem neuen OB Reiners bekannt ist!

Der gute Herr Fischer, ist da ein Sonderfall. Unvorbereitet, wie er nun mal häufiger (nahezu immer) ist, darf das sein.

Der legt sich nie mit irgendwas fest. Im Ratsinformationssystem sogar nachzulesen. Dort stand häufig genug, statt der üblichen Anlagen: mündlicher Vortrag. Super!

Andererseits clever, der ist eben nicht blöd (vor allem, wenn es unangenehm werden könnte oder bereits ist!), denn wer schreibt, der bleibt!

Wie z.B. bei der 6. Gesamtschule (das hat er definitiv versemmt) und zwar so richtig!

Damals hätte der famose Dr. Fischer mal seinen Kollegen Wurff fragen sollen, was er ganz offensichtlich nicht getan hatte. Folge:

Statt veranschlagter und veröffentlichter 1,25 Mio. Euro schnellten die Kosten auf über 17 Mio. Euro (!!!) hoch. Der Unterschied ist ja nicht sooo groß ... Peanuts, die paar Millionen ... !

Dass auch „Fischers CDU“ darüber nicht wirklich erfreut und zufrieden war, beweist, ein seinerzeit parteiübergreifender Fraktionsantrag von CDU, SPD, B90/Die Grünen und FDP zu Unterbringungsmöglichkeiten und in Frage kommenden Schulgebäuden.

Auf gut deutsch: das was Dr. Fischer versäumt hatte zu tun, musste schnellsten nachgeholt werden – nur schlappe 3 – 4 Jahre zu spät!

<http://www.bz-mg.de/politik-verwaltung-parteien/mg-verwaltung/fischte-dr-fischer-mit-ruckendeckung-von-ob-bude-bewusst-im-truben-fraktionsantrag-von-cdu-spd-grunen-und-fdp-als-ohrfeige-fwg-fordert-bewertungsfahige-unterlagen.html>

Hübsch auch, dass in derselben Sache mal wieder nur ein mündlicher Vortrag Dr. Fischers geboten wurde, worüber außer ihm niemand amüsiert war.

Zitat aus einem Artikel:

„Hatte Schuldezernent Dr. Gert Fischer (CDU) in der Sitzung des Schulausschusses am 05.11.2013 noch „beruhigend“ erklärt, dass er „in der kommenden Woche“ die von CDU, SPD, Grüne und FDP per Beschluss angeforderten Informationen liefern würde, scheiterte er in der Sitzung des Finanzausschusses, in der er nach demselben Muster verfahren wollte.

Lothar Beine erklärte ihm unumwunden, dass dies inakzeptabel und völlig unzureichend sei. Beine forderte Fischer ultimativ auf, „bis Montagmittag“ (also bis gestern Mittag) allen Fraktionen seine Ergebnisse mitzuteilen.

Schließlich hätten alle Fraktionen am Abend Fraktionssitzungen und müssten sich bis zur Hauptausschusssitzung am 13.11.2013 auf dieses Thema erneut vorbereiten.“

<http://www.bz-mg.de/stadtbezirk-nord/stadtmitte-altstadt/keine-mehrheit-in-den-gremien-fur-neubau-zur-6-gesamtschule-an-der-aachener-strasse-dr-fischer-nach-druck-von-lothar-beine-mit-neuen-vorschlagen-fwg-fordert-nac.html>

Ach, er ist so herzerfrischend unbedarft, unbürokratisch und locker, unser Kulturdezernent Dr. Fischer!

Soviel Einsatz und Verve muss unbedingt belohnt werden!

Das sahen auch seine Parteifreunde so.

Wer sich derart um, um, ja um was eigentlich? – verdient gemacht hat, der MUSS als Dezernent erhalten werden!

Damit nicht genug, gerade wegen seiner, äh, Verdienste oder so, muss da noch was drauf gesetzt werden!

Was liegt näher, als nicht nur Wiederwahl, sondern auch Beförderung zum Stadtdirektor und Vertreter von OB Hans Wilhelm Reiners (CDU).

Das bringt so schlappe 5.000 Euro jährlich mehr. Na also, geht doch!

Tja, so ist das nun mal. Parteibücher und Linientreue im Sinne der Partei sind wichtig!

Gibt es schon Anwärter auf den Posten des Baudezernenten oder brauchen wir sowas überhaupt noch?

Ich meine, da wir jetzt doch einen Masterplan-Beirat (inklusive Geschäftsstelle) haben, der sich kümmert und auf Einhaltung der Grimshaw-Pläne (zumindest gab der dafür seinen Namen her, gearbeitet haben daran andere, in dessen Sinne, versteht sich!) achten will, können wir uns doch Ausgaben für einen Baudezernenten, der sowieso nach der MG 3.0-Pfeife tanzen soll, direkt sparen.

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/rat-verabschiedet-den-masterplan-aid-1.3513071>

OB Bude hatte den Masterplan zur Chefsache gemacht. Das wird sicher auch bei OB Reiners, einem Befürworter des Masterplanes, so sein.

<http://www.bz-mg.de/politik-verwaltung-parteien/spd/masterplan-monchengladbach-teil-xiv-norbert-bude-macht-masterplan-zur-chiefsache-%E2%80%A2-masterplan-beirat-nunmehr-masterplan-lobby-zirkel.html>

Alternativ könnte man das Büro des Masterplan-Beirates auch gleich in das Bauamt einquartieren. Das spart lange Wege und die Truppe ist immer und bei allem mittendrin dabei.

Wundern würde mich selbst ein solches Vorgehen in dieser Stadt nicht mehr.

Brummbär schrieb am 20.02.2015 um 10:23 Uhr:

Na endlich! Endlich wurde ein Fall gefunden, den man Wurff so richtig ankreiden kann.

Das CDU-Sprachorgan RP (Kommentar/Glossi hier weiter unten) berichtet heute in der Printausgabe (wird vielleicht noch online gestellt?) über einen inzwischen 90-jährigen Antragsteller für ein Bauvorhaben, der Probleme mit seinem Bauantrag hat.

Dieser Antrag wurde 2008 genehmigt, also zu einem Zeitpunkt, als noch niemand an Herrn Wurff hier in Mönchengladbach dachte, Der kam bekanntlich erst 2010.

Bis dahin hatten Helmut Hormes als Baudezernent und Peter Krämer (beide CDU) das Sagen. Letzterer war es also auch, der die fehlerhafte Baugenehmigung erteilt hatte. Wie soetwas vonstatten geht, habe ich am eigenen Leib erfahren müssen.

Da wurde musste eine Baugenehmigung schon mal etwas teurer werden, als die üblichen Verwaltungsgebühren.

Nicht, dass das nun mehr als 30 oder 40 Jahre gedauert haben könnte, wie bei dem Alter vielleicht vermutet werden könnte. Nein, die Senioren bemühen sich seit 6 Jahren erfolglos.

Ob sie selbst für sich bauen/anbauen/umbauen oder vielleicht für Kinder und/oder Enkel ist nicht erkennbar.

Erkennbar ist nur, dass die Grusel-Groko und deren Sprachorgan endlich einen Fall ausgebuddelt hat, der nicht besser geeignet wäre, die geballte Inkompetenz des zu schassenden Baudezernenten offenzuegen. Vielleicht, vielleicht geht die Sache mit den Engländer-Häusern in dieselbe Richtung?

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/britenhaeuser-sechs-jahre-fuer-planwerk-aid-1.4890337>

Wer sucht, der findet!

Vor allem, wenn man finden will, weil man sich selbst von allen Verdachtsmomenten rein waschen will.

Das mit Hilfe ausgerechnet der Zeitung, die schon im vorigen Jahr begann gezielt gegen Wurff zu schreiben.

Wenn der Betroffene selbst nicht wunschgemäß agiert, muss man eben schmutzige Wäsche waschen – und sei es nur, um sich selbst (z.B. Reiners, Schlegelmilch und Heinrichs) rein zu waschen. Ziemlich schmutzige Angelegenheit.

Vor der eigenen Tür zu kehren wäre gerade bei der CDU und leider auch der SPD mehr als angebracht.

Außerdem: manchmal ist Schweigen und über etwas Gras wachsen zu lassen besser. Wer mit Dreck wirft, könnte durchaus auch mehr als nur Spritzer abbekommen.

Torben Schultz schrieb am 20.02.2015 um 14:53 Uhr:

"Wer sucht, der findet" meinte @Brumbär ... ich hab mich dann mal auf die Suche gemacht und dies gefunden: <http://twitpic.com/ame1tb>

Ich denke das beweist sehr eindeutig, dass das jetzige Wasserproblem im Hugo-Junkers Park ist auf Herrn Wurffs Spatenstich zurückzuführen.

Vorgeschobene Gründe finden?

Kann ich! 😊

M. Angenendt schrieb am 20.02.2015 um 16:29 Uhr:

@ Torben Schultz

Sie Streber! Sie wollen doch nur ein Fleißkärtchen von der GroKo! 😊

Ich gebe Ihnen aber Recht. Wenn man den gefluteten Hugo-Junkers-Park mal so richtig betrachtet, also so ganz genau, dann meine ich auch erkennen zu können, dass das alles mit Sicherheit von Herrn Wurffs Spatenstich herrührt.

Wie sieht das demnächst mit dem Minto aus? Wenn die genauso baden gehen wie der Hugo-Junkers-Park, ich meine im übertragenen Sinn, wissen wir wenigstens auch da schon jetzt im Voraus, wer daran schuld ist.

Ypsilon schrieb am 20.02.2015 um 17:29 Uhr:

@ Toben Schultz

Ja, ja, wer suchest der findet ...

Der erwähnte Fall ist doch super!

"Inkompetenter Baudezernent drangsaliert mit noch größerer verwaltungstechnischer Inkompetenz armen, alten Bauherrn (oder Ehepaar)."

Da ist doch sofort fast jeder auf der Palme und kann seinen persönlichen Schwank zu Verwaltungsinkompetenz und -tyrannei beitragen! Mit diesem Problem kann man sich so richtig identifizieren. Da kocht ruck zuck die Volksseele.

Ist das gewollt? Die Frage drängt sich in der aktuellen Situation regelrecht auf.

Sogar Herr Heinrichs (SPD) fühlt (muss?) sich genötigt seinen Senf dazu zu geben und nachzuschwätzen, was andere vorgeben, indem er mit der geballten Kraft und Kompetenz seiner paar Lenze, von Bedenken schwanger erklärt, Zitat aus der RP:

„Der Fall hinterlässt viele Fragezeichen“.

Ja, in der Tat. Fragezeichen an der Kompetenz, Aufrichtigkeit, Ziele und Niveau dieser GroKo.

Übrigens habe ich nichts gegen junge Leute in Politik oder Berufsleben. Nur, wenn sie den Mund an vorderster Front aufmachen, sollten sie auch was vorzuweisen haben.

Einer, der da richtig was drauf hat, ist der junge Bürgermeister von Monheim, der mit 27 Bürgermeistern wurde, mit 94,4% (!) wieder gewählt wurde und dessen Peto-Partei 26 von 40 Sitzen im Rat hat. Alle zwischen 18 und 33 Jahre jung. Eine tolle, bodenständige Truppe!

<http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/juenger-buergermeister-daniel-zimmermann-hat-monheim-entschuldet-a-911638.html>

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article137046512/Der-gefaehrlich-erfolgreiche-Magier-von-Monheim.html>

Monheim ist nicht nur schuldenfrei, sondern hat demnächst was wovon die SPD, Felix Heinrichs, die Jusos (MG urban), CDU und andere in Gladbach nur träumen können und leider noch lange müssen:

eine „digitale Revolution“, ein schnelles, stabiles, flächendeckendes (!) Internet/Breitbandnetz!

Sowas sollte bei Herrn Heinrichs Fragen aufwerfen, denen er sich dann gerne stellen darf!

Torben Schultz schrieb am 20.02.2015 um 17:54 Uhr:

@M. Angenendt:

Ich habe dann noch was zum Fleißkärtchen sammeln, befürchte aber dies mal muss jemand anders als die GroKo mir diese ausstellen.

Die Causa #RausWURFF und der Hugo-Junkers Park nimmt eine "völlig" unerwartete Wende!

Die Vorlage 4359/VII mit der die Pläne für den Park starteten ist von 2009, also vor Wurffs Zeit.

Das Wettbewerbsverfahren 579/VIII wurde kurz nach seiner Wahl verabschiedet und auch noch nicht von ihm unterzeichnet.

Die Korrektur des Wettbewerbsverfahren 1517/VII ist vom 8.6.2011 und auch noch von Holzenleuchter unterzeichnet (warum weiß ich allerdings nicht).

Erst die Ausführungsplanung 2004/VIII vom 16.4.2012 ist von Wurff.

Da steht bereits was von Entwässerungsmaßnahmen drinne und dass diese Mehrkosten nicht enthalten sind.

Allerdings bezieht sich dieser Teil wohl mehr auf Parkplatz und Schule, wobei die jetzigen Probleme ja auch genau neben diesen sind.

Das wollte ich eigentlich erst schreiben, nachdem die GroKo den zugespielten Ball aufgenommen hat, aber nun haben sie mich doch aus der Reserve gelockt 😊

Zum Minto werde ich hier keine Stellung abgeben, der Drops ist gelutscht! 😊

M. Angenendt schrieb am 21.02.2015 um 00:21 Uhr:

@ Torben Schultz

Vielen Dank für die Informationen!

Tja, dieser inkompetente Baudezernent, scheint doch gar nicht so inkompetent zu sein, wenn ich das richtig lese und verstehe.

Der Fall in der RP begann vor 6 Jahren ohne Wurff. Dasselbe Hugo-Junkers-Park.

Bei dem Fall des/der 90jährigen Seniors/Senioren, könnte man meckern, wenn man wüsste, wie die Dinge in der Verwaltung ablaufen und wer, wann etwas mitbekommt und entscheidet. Aber auch, warum gerade sich der Fall so lange hinzog, wissen wir nicht.

Grundsätzlich ist ein „Chef“, egal wo, ob Verwaltung, Politik oder freie Wirtschaft, immer „dran“, auch wenn er nicht direkt in Fälle/Vorgänge involviert ist.

Da es sicher auch Kompetenzen gibt, von denen Mitarbeiter Gebrauch machen, denn deshalb gibt es diese schließlich, ist also die Frage, inwieweit der Vorgang geeignet ist, wofür er, so ist zumindest mein Eindruck, „dienen“ soll.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, der ganze Fall „RausWURFF“ stinkt.

Es geht um Macht und Einfluss und letztendlich um viel Geld. Das ist der Punkt.

Die „neue“ CDU, mit der SPD im Schlepptau, was ich wörtlich meine (und dabei bildlich den glücklichen Heinrichs vor Augen habe, der an den nicht vorhandenen Rockschoßen Schlegelmilchs hängt), handelt nach altem Muster und Klügelplan.

Zur SPD gibt es nichts zu sagen, denn es greift mal wieder der uralte Spruch, der sich leider immer und immer wieder bewahrheitet: Wer hat usw. die Sozialdemokraten.

Jemand sagte mal, immer, wenn die Sozis „dran“ kommen, wird es für die „kleinen Leute“ teuer.

Stimmt auch in diesem Fall. Wobei ich nicht die Gehaltsfortzahlung für den geschassten Dezernenten meine, sondern das, was dann danach kommt, und wofür auch die SPD den Weg ebnet.

Das wird vermutlich richtig teuer, weil es dann weiterhin um das Verhöckern von Tafelsilber (der Bürger) und millionenschwere Auftragsvergaben geht.

Deshalb müssen selbstverständlich die passenden, „vertrauenswürdigen“ und vor allem „geschmeidigen“ Leute in den Schlüsselpositionen sitzen und dem Gladbacher Klügel zuarbeiten.

Wer nicht spurt und mitmacht fliegt.

Torben Schultz schrieb am 21.02.2015 um 09:28 Uhr:

Ich hab das Gefühl, dass der Fall des Ausschuss Beschwerde&Anregungen noch nicht so ganz klar ist, deswegen mal so wie ich es verstanden hab.

Und das dürfte ziemlich an der Realität sein, da ich die Fakten aus dem genannten Ausschuss habe.

Nur die Formulierung ist nicht an jeder Stelle ganz neutral:

Es geht um einen Bebauungsplan aus 2002 oder so. Ob der richtig oder falsch ist gehört nun hier erst mal nicht hin, er ist unter CDU Mehrheit so beschlossen worden und ich halte der CDU zu gute, dass sie damals wusste was sie tat.

Entgegen diesem Bebauungsplan gab es 2008, also noch von Herrn Holzenleuchter, einem CDU Dezernenten, einen Vorbescheid, der hätte so nicht erteilt werden dürfen.

Wurde er aber und damit hätten die Antragsteller Bauen können wie sie es vor hatten. AUCH wenn es gegen den Bebauungsplan war.

ABER sie haben nicht gebaut und haben den Vorbescheid nicht verlängern lassen.

Denn auch damit hätten sie ja die von der CDU so nicht gewollte Bebauung trotzdem durchsetzen können.

Nun wurde aber ein neuer Vorbescheid beantragt. Und der wurde eben nach dem erteilt, was die CDU beschlossen hatte.

Politische Beschlüsse müssen von der Verwaltung auch umgesetzt werden. NUR das hat das Bauamt gemacht.

Und die Beschwerdeführer hatten Kontakt zu CDU Politikern im letzten Jahr. Was ja auch legitim ist, mich sprechen ja auch BürgerInnen an.

Da hätte die CDU durchaus sagen können: „Ups, im See darf gebaut werden, daneben nicht? Klingt nicht nach einem sinnvollen Bebauungsplan.“ (Achtung: etwas übertrieben!)

Also hätte ne Bauplanänderung entweder im Ausschuss von den Ehepaar beantragt werden können, dazu würde das Ehepaar sogar Geld in die Hand nehmen wurde gesagt.

Oder aber die CDU beantragt in Planung und Bau eine Änderung.

Dann wäre dieser Fall so gar nicht aufgekommen.

Just my 2ct 😊

Rademacher schrieb am 21.02.2015 um 12:51 Uhr:

Ziemlich kaputte Nummer. Will die GroKo aus sowas Wurff einen Strick drehen?

Mal ehrlich wenn das der Auslöser war können wir die GroKo gleich in die Wüste schicken.

Schlechtes Mobbing nenne ich sowas. Erinnert an den Spruch, das Lügen kurze Beine haben.

Logo werden die noch was anderes auf Lager haben. Denke ich jedenfalls. Trotzdem eine ganz miese erbärmliche Story.

Ja echt Herr Heinrichs. Der Fall hinterlässt wirklich viele Fragen. Vor allem an das GroKo-Powerpaar Schlegelmilch-Heinrichs und den Klüngel im Hintergrund.

Die sind doch die die den Rauswurf wollen.

Mal ne Frage: wer ist hier nicht mehr tragbar?

Teil IV: Über Fraktionszwänge, Vertrauensverhältnisse, Objektivität und Rechtsaspekte • Vis-á-vis-Interview mit Rechtsanwalt Dr. Boris Wolkowski (Grüne)



Nur wenige, die in irgendeiner Weise mit der Causa „Andreas Wurff“ befasst sind, glauben daran, dass die öffentliche „Demontage“ des Baudezernenten durch CDU, SPD und Verwaltungschef Hans Wilhelm Reiners (CDU) wirklich etwas mit dessen Arbeitsleistung zu tun hat.

So auch unser Interviewpartner Dr. Boris Wolkowski.

Ratsmitglieder	Unterschrift
Adolphs, Heiko	<i>[Handwritten Signature]</i>
Blaumer, Franz-Josef	<i>[Handwritten Signature]</i>
Banck, Sylvia	<i>[Handwritten Signature]</i>
Baas, Robert	<i>[Handwritten Signature]</i>
Berke, Monika	<i>[Handwritten Signature]</i>
Brein, Annette	<i>[Handwritten Signature]</i>

Selbst einzelnen SPD-(Rats)mitgliedern war in Gesprächen mit unserer Zeitung nicht wohl bei der Unterzeichnung der ihnen von der Fraktions-

spitze um Felix Heinrichs vorgelegten Unterschriftenliste (Download nach Klick auf Grafik), mit der sie beim Oberbürgermeister die Abwahl von Andreas Wurff beantragen mussten.

Obwohl nicht eine Fraktion, sondern „jedes“ Ratsmitglied selbst die Abwahl beantragen muss, herrscht in der SPD-Fraktion der immer wieder in Abrede gestellte „Fraktionszwang“.

Welche partei-/fraktionsinternen Auswirkungen eine Abweichung von der Fraktionslinie haben könnten, hatten Anfang 2011 die beiden Wickrather Ratsmitglieder Uli Mones und Dennis Hutschenreiter erfahren müssen.

Sahen sie sich doch eine fraktionsinternen Ausgrenzung ausgesetzt, nachdem sie sich gegen eine von der NEW und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Beine geplanten Methangasanlage ausgesprochen hatten:



Mehr zum Thema [Uli Mones und Dennis Hutschenreiter \(beide SPD\) halten Wort! • Auswirkungen](#)

Beide zeigten bis zur entscheidenden Ratssitzung dann auch am 23.02.2011 „Rückgrat“ und verließen vor der Abstimmung den Ratssaal, was einer Enthaltung gleich kam. Den „finalen“ Schritt, damals aus der SPD-Fraktion auszutreten, hatten sie nicht in Erwägung gezogen.

Hutschenreiter, ein in der SPD als Hoffnungsträger eingestufte junger Mann, gab später sein Ratsmandat zurück, Mones verzichtet auf eine Neuaufstellung für den Rat ab 2014. Mit dem Ergebnis, dass die SPD in Wickrath ein als sicher geglaubtes Direktmandat verlor.

Ähnliche Befürchtungen müssen die GroKo-Akteure momentan noch nicht haben, zumindest nicht, was die Kommunalwahl anbelangt. Sie steht bekanntlich erst 2020 an.

Anders hingegen sieht es 2017 aus. Voraussichtlich am 28. Mai finden Landtagswahlen in NRW statt; es sei denn der Landtag löst sich nicht vorher auf.

Solche Aspekte waren nicht Thema beim Interview mit dem stellvertretenden Fraktionssprecher der Grünen, Dr. Boris Wolkowski.

Schwerpunkt waren dabei im Wesentlichen die formalrechtliche Einordnung dieses nahezu einmaligen Vorganges und die wirklichen Motive von CDU und SPD:

... und hier das Interview zum Mit- oder Nachlesen:

BZMG: Herr Dr. Wolkowski, Ihre Fraktion ist mehr als enttäuscht über das Vorgehen der Großen Kooperation in Mönchengladbach, hinsichtlich des Abwahlersuchens des Baudezernenten Wurff.

Welche rechtliche Einordnung würden Sie als Jurist vornehmen?

Dr. Boris Wolkowski: Zunächst einmal sieht die Gemeindeordnung ja vor, dass man einen Dezernenten abwählen kann. Das geht mit einer Zweidrittelmehrheit, d.h., man muss schon eine Große Kooperation sein, um das überhaupt hinzubekommen.

Rechtlich hat man sich auf das Nötigste beschränkt. Die Begründung, die man gegeben hat, ist ein gestörtes Vertrauensverhältnis.

Dazu muss man wissen, dass, nach meiner Kenntnis, das einzige, größere bekannt gewordene Verfahren hier in Nordrhein-Westfalen in den 1990er Jahren war, und da hat das Gericht festgestellt, dass man keine besonderen Gründe braucht, sondern das pauschale Vorbringen "das Vertrauensverhältnis der Ratsmehrheit zum Dezernenten ist zerstört", reicht dann aus.

Das bedeutet, man muss sich inhaltlich nicht damit auseinandersetzen. Das bedeutet allerdings nicht, dass man sich inhaltlich damit auseinandersetzen kann.

Was ich damit sagen will ist, zum Einen hätte man vielleicht auf eine Begründung ganz verzichten können, denn im Gesetz steht nicht, dass man eine Begründung braucht.

Wenn man eine Begründung bringt, muss das eben nicht unbedingt das gestörte Vertrauensverhältnis sein, sondern das könnten auch andere Gründe sein.

Aber hier hat sich die Mehrheit darauf beschränkt das vorzubringen, womit man rechtlich auf der sicheren Seite ist, ohne das näher zu qualifizieren.

BZMG: Gibt es zu diesem Thema Rechtsprechungen?

Dr. Wolkowski: Ja, es gibt, wenn auch sehr wenig, Rechtsprechung dazu. Das ist ja nun nicht nur in Mönchengladbach, sondern allgemein nicht alltäglich.

Es gibt, da das alles Landesrecht ist, noch weniger Rechtsprechung in Nordrhein-Westfalen, wo konkret diese Regelung der Gemeindeordnung Grundlage war.

Man muss ja auch eines sagen, erst einmal braucht man den besonderen Vorgang, dass eine Zweidrittelmehrheit einen Dezernenten abwählt.

Das ist ja nicht üblich, dass man eine Zweidrittelmehrheit zusammen bekommt, das geht eben nur bei Großen Kooperationen, und dann wird das Ganze nur vor Gericht ausgetragen, wenn sich jemand wehrt.

Das kann grundsätzlich nicht eine einzelne Fraktion machen, sondern nur der Betroffene selber.

In diesem Fall, der einmal entschieden wurde, hat der Betroffene das gemacht. Er hat sich gegen diese Entscheidung gewandt, weil er gesagt hat, dieser pauschale Vortrag, das Vertrauensverhältnis zu mir ist gestört, der reicht mir nicht.

Aber in dem Fall hat das Gericht gesagt, im Gesetz steht eigentlich gar nichts an Gründen. Dieses pauschale Vorbringen ist demzufolge ausreichend. Ansonsten gibt es da sehr wenig.

BZMG: Das heißt also, die GroKo hat hier einen Weg gefunden, den nicht parteigebundenen Baudezernenten los zu werden, um es mal salopp auszudrücken.

Dr. Wolkowski: So, wie das in der Vergangenheit, seit dem Frühjahr, auch schon der Fall war, macht man das, was man tun kann. Man hat eine große Mehrheit und wir, und auch ich persönlich, haben den Eindruck, alles, was man tun kann, um Rechte der Minderheit oder auch der vorherigen Kooperation zu beschneiden, wird auch durchgesetzt, ohne dass das zwingend notwendig ist oder tiefer darüber nachgedacht hat, welche Wirkungen das auch ansonsten hat.

Man sieht einfach: Ich kann einen Dezernenten loswerden.

Ich kann den durch jemanden ersetzen, der mir persönlich einfach genehmer ist, unabhängig von der konkreten Aufgabenerfüllung, und wenn ich das tun kann, dann mache ich das auch.

BZMG: Wenn Sie versuchen objektiv zu sein, könnten Sie sich irgendeinen sachlichen Grund vorstellen, was die GroKo zu diesem Schritt veranlasst hat.

Dr. Wolkowski: Ja und nein. Ein sachlicher Grund in der Person Andreas Wurff fällt mir schwer, um es klar zu sagen.

Wir alle versuchen unsere Jobs gut zu machen. Wir alle machen auch Fehler.

Auch ich mache Fehler. Das ist keine Frage. Von daher mag es immer Anknüpfungspunkte geben.

Die reichen aber meines Erachtens nicht, um zu sagen, es gibt ein gestörtes Vertrauensverhältnis.

Vor allen Dingen ist es ja so, dass man mit dem Menschen Andreas Wurff immer sprechen konnte. Dieser Versuch ist meines Erachtens gar nicht gemacht worden.

Deswegen gibt es auf dieser Ebene keinen objektiven Grund, der rechtfertigt, ein auf acht Jahre abgeschlossenes Verhältnis des Dezernenten zu beenden.

Es gibt natürlich andere objektive Gründe, die aber darin begründet sind, dass man politisch etwas anderes möchte.

Das sind für mich auch objektive Gründe.

Auch wenn ich die nicht teile, und dabei geht es einfach darum, dass man das wichtige Baudezernat mit jemandem besetzten will, auf den man sicherlich besser Einfluss nehmen kann, wo vielleicht auch mal eine E-Mail reicht, um entsprechende Dinge geregelt zu bekommen.

Ich denke, dass sich seit 2010 im Baudezernat insofern vieles geändert hatte, dass Bauanträge sehr gewissenhaft geprüft worden sind und auch einmal gesagt wurde, dass in einer Siedlung, in der nur Bungalows stehen, keine Satteldächer gebaut werden, um ein willkürliches Beispiel zu nehmen.

Von daher: objektiver Grund nicht in der Person des Andreas Wurff, sondern in der politischen Ausrichtung der Mehrheit.

BZMG: Danke schön, Herr Wolkowski.

Dr. Wolkowski: Gerne.

19 Kommentare zu diesem Artikel:

Martin Heinen schrieb am 2.02.2015 um 10:26 Uhr:

"Nur wenige, die in irgendeiner Weise mit der Causa „Andreas Wurff“ befasst sind, glauben daran, dass die öffentliche „Demontage“ des Baudezernenten durch CDU, SPD und Verwaltungschef Hans Wilhelm Reiners (CDU) wirklich etwas mit dessen Arbeitsleistung zu tun hat."

Da ziehe ich echt meinen nicht vorhandenen Hut, Herr Wilms. Dass Sie es in der Kürze der Zeit geschafft haben, eine repräsentative Meinung in der Bevölkerung erfragen zu können – wow, da muss nächtelange Arbeit hinterstecken!

Wegen des Ergebnisses dieses Meinungstrends war ich auch echt baff, denn meine Rückmeldungen außerhalb der politisch Aktiven sah bis dato genau gegenteilig aus.

Aber dank Ihnen wissen wir nun, dass in Wahrheit die übergroße Mehrheit mit Ihren eigenen Ausführungen übereinstimmt. Was genau sind eigentlich "nur wenige"? 10%, 20% oder 1,7%...?!

Auch Hut ab davor, dass Sie es mit Ihren offenbar vorzüglichen Quellen geschafft haben, die Neubesetzung fernab von peinlichen, unfundierten Spekulationen zu prognostizieren!

Zitat: "Es könnte aber auch (s)eine Frau werden [A. Bonin]. Sie hat nach der Kommunalwahl als planungspolitische Sprecherin der CDU Hans Wilhelm Reiners beerbt, ist Architektin und Mitglied im CDU-Kreisvorstand..."

Wenn man nun die Meldungen der letzten Tage verfolgt, bleibt einem echt die Spucke weg, ob einer solch treffsicheren Recherche...

Klasse aber auch Ihr "Interviewpartner Dr. Wolkowski. Der schreibt einerseits in den sozialen Medien, dass zwar viele Bauanträge lange unbearbeitet blieben, aber man müsse ja berücksichtigen, dass diese ja nicht alle vom Chef selbst bearbeitet würden. Ergo, der Chef ist nicht für die gegenwärtigen Prozesse verantwortlich.

Im Interview mit Ihnen behauptet er jetzt gleichzeitig, dass Antragsbearbeitungen bewusst lange gedauert haben, weil man eben auch sehr gewissenhaft prüfen wolle.

Hier kann der Leser zum Glück beruhigt sein, obwohl sich diese Argumentationslinien ja eigentlich gegenseitig völlig ausschließen. Aber in diesem Fall natürlich nicht. Dr. Wolkowski spricht schließlich für die Grüne Ratsfraktion. Von daher muss es nicht nur stimmen, es ist auch moralisch besonders wertvoll...



D. Pardon schrieb am 3.02.2015 um 11:34 Uhr:

Aber lieber Herr Heinen, als Politprofi sollten Sie doch wissen, wie man Volkes Meinung einholt. Ihr Parteifreund Breymann hilft gerne weiter: "Wer offenen Auges durch unsere Stadt ging, wer bereit war, den Betroffenen zuzuhören, weiß, dass dieser Schritt letztlich unvermeidlich war."

(hier zu lesen: <http://www.bz-mg.de/politik-verwaltung-parteien/mg-verwaltung/abwahlvorhaben-von-cdu-und-spd-die-unruhmlichen-rollen-von-ob-hans-wilhelm-reiners-cdu-und-der-spd-•-vis-a-vis-interview-mit-karl-sasserath-grune-mit-audio.html>)

Wie sagte schon meine Omma: "Um einen Balken vor dem Kopf zu haben bedarf es nur eines Parteibuchs."

Martin Heinen schrieb am 3.02.2015 um 13:40 Uhr:

Liebe Frau Pardon. Sie üben eine fundamentale Systemkritik, die ich nicht teile.

Wenn ich mir abseits von vorhandenen Ärgernissen der Tagespolitik anschau, welche Arbeit "die Parteien" in Deutschland seit 1945 unter dem Strich geleistet haben, finde ich es ehrlich Gesagt ggü. dem Großteil der Völker in der Welt ziemlich borniert, derart grundsätzliche Kritik zu üben. Aber gut, hier trennen sich wohl unsere Meinungen, was ja auch völlig OK ist.

Ihr Vergleich mit der Aussage des Kollegen Breymann hängt allerdings komplett schief.

Er spricht von Gesprächen mit den Betroffenen. Ich gehe davon aus, dass hier bspw. Architektenschaft, der "kleine Häusle- oder Garagenbauer" und insbesondere natürlich auch Mitarbeiter der Verwaltung gemeint sein können.

Dass man nach Gesprächen mit diesen Personengruppen keine Schwierigkeiten mit der Bewertung der Situation haben muss, ist schlicht die Realität.

Herr Wilms hingegen schreibt "Nur wenige, die in IRGEND EINER WEISE mit der Causa „Andreas Wurff“ befasst sind, glauben daran, dass die öffentliche „Demontage“ [...] wirklich etwas mit dessen Arbeitsleistung zu tun hat."

Mal abgesehen davon, dass ich das nach etlichen Rückmeldungen lediglich von Grünen/Linken und von Herrn Wilms vernommen habe, hat diese Feststellung eine ganz andere Qualität. Schließlich sind es ja Tausende, die in "irgend einer Weise" involviert sind.

Da fand ich es schon beachtlich, dass diese repräsentative Erkenntnis offenbar durch Herrn Wilms erforscht wurde.

Kann ja nicht sein, dass es sich hierbei um eine unbelegte Behauptung handelt. Mit solch einer Manipulation sollte man an dieser Stelle nicht rechnen...

M. Angenendt schrieb am 4.02.2015 um 00:20 Uhr:

Lustig, diese Grünen-Allergie in dieser Stadt! 😊 (ich weiß, dass @ M.P.Heinen Auflockerungen mit Emotikons schätzt).

Auch an dieser Stelle nochmal mein Hinweis, dass ich inzwischen aus Frust gar nicht mehr wählen gehe, weil ich keine Wahl habe. Es geht mir nicht um grün, rot, schwarz oder sonstige Farben. 😊

Bauanträge in dieser Stadt?

Mönchengladbach ist dafür berühmt (oder berüchtigt, je nachdem wie man es ausdrücken will 😊), dass ein Antragsteller viiiiiiel Zeit und Geduld mitbringen MUSS. 😊

Denn in Gladbach, da geht's nicht so schnell. Das ist seit rund zwei Jahrzehnten so. Gefühlt nie anders gewesen.

Das ist nicht nur Architekten, sondern auch Bürgern bekannt.

Zur Klarstellung: Zu wenige wissen, dass das nicht an der Inkompetenz und dem gemüthlichen Arbeitsleben der Mitarbeiter der Stadtverwaltung liegt, wie von Bürgern dann gerne schnell messerscharf geschlossen wird. Es fehlt schlicht Personal. Das hat für so manchen (ACHTUNG Verschwörungstheorie!) Bauunternehmer auch Vorteile.

Darüber ist auch hier zu lesen:

„Live-Duell zwischen Bude und Reiners bei BVMW – Über die Missstände bei der Erteilung von Baugenehmigungen“

<http://www.bz-mg.de/zu-vergangenen-wahlen/kommunalwahl-2014/live-duell-zwischen-bude-und-reiners-bei-bvmw-teil-v-uber-die-missstaende-bei-der-erteilung-von-baugenehmigungen-mit-video.html>

„Bude: „Seit Jahren ist die Personalsituation in der Stadtverwaltung angespannt und der Krankenstand überdurchschnittlich hoch, wodurch sich u.a. die Abarbeitung von Bauanträgen erheblich verzögert. Dies wurde auch bei der Veranstaltung am 13.03.2014 sehr deutlich.“

Zu Personalengpässen stellte er fest, dass es in vielen Bereichen der Stadt einen überdurchschnittlich hohen Krankenstand gebe und stellte die Verbindung zu der über Jahrzehnte anhaltenden „sehr sparsamen“ Personalpolitik her.

(...)

Jetzt habe man erkannt, dass man im Bereich der Bauordnung neu organisieren müsse. Im Bereich der eher kleineren Baumaßnahmen verspreche er sich davon Verbesserungen.

Bude betonte, dass mfi die Baugenehmigung innerhalb von vier Wochen erhalten habe.

Man werde nunmehr alle Stellen (gemeint ist in diesem Fall das „Bauamt“) besetzen und erläuterte die Zusammenhänge mit der „Deckelung“ des Personalbudgets der Stadt.

(...)

Ein Teilnehmer beschrieb, dass die schleppende Bearbeitung von Bauanträgen nicht erst seit kurzem, sondern schon in den letzten drei bis vier Jahren öffentlich geworden sei. Es seien die Großprojekte, wie mfi, die die Abarbeitung der Anträge von mittelständischen Unternehmen behindern würden, brachte er sehr ausführlich zum Ausdruck.

Die Personalprobleme gebe es außerdem nicht nur im Bauamt, sondern auch im Amt für Wohnungswesen.“ Zitat Ende.

In Korschenbroich beträgt die Bearbeitungszeit von Bauanträgen maximal 12 Wochen, erfolgt aber nahezu immer innerhalb von 4 bis 6 Wochen. Gewerbliche Bauvorhaben werden dort besonders schnell bearbeitet.

Wie schon gesagt, wie es in Gladbach läuft, liegt nicht am Personal und dessen Qualifikation, sondern vor allem an mangelndem Personal. Demzufolge kann auch ein Dezernent, egal welche Partei ihn auswählte, nur den Mangel verwalten.

Da das nach zig Jahren auch schooon erkannt wurde, wird vielleicht auch endlich mal was passieren. 😊

Aber nun nimmt das endlich die GröKoZ (größte Kooperation aller Zeiten) in ihre zupackenden Hände. Allen voran Dr. Schlegelmilch. Nun wird sicher ganz schnell alles endlich gut! 😊

Na ja, bei solchem Zupacken, bleibt auch schon mal was auf der Strecke. Und wenn's ein unliebsamer Baudezernent ist ... 😊

Boris Wolkowski schrieb am 4.02.2015 um 15:22 Uhr:

Sehr geehrter M. Angenendt,

Sie sprechen einen wichtigen Punkt an, der auch mir aufgefallen ist.

Im CDU-Wahlkampf war die (behauptete) mangelnde Organisation der Verwaltung – auch aber eben nicht nur im Baudezernat – schon ein wichtiger Angriffspunkt gegen den OB.

Jetzt nutzt man dies eine Ebene tiefer gegen den Dezernenten.

@ Martin Heinen:

Sie konstruieren da einen Widerspruch in meinen Aussagen, den ich nicht erkennen kann.

In der Tat sehe ich nicht, dass der Dezernent allein für eine zügige oder eben schleppende Bearbeitung jeder einzelnen Baugenehmigungen verantwortlich ist.

Wovon ich aber absolut überzeugt bin, ist dass unter Herrn Wurff großer Wert auf eine gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung gelegt wird.

Dies führt tendenziell zu einer eher längeren Bearbeitungszeit, aber keineswegs zu einer "bewusst" langen Dauer.

Vor allem fehlen aber, zB in Anbetracht der vielen Großprojekte in der Stadt, schlichtweg ausreichend Mitarbeiter.

Dies haben wir in den Haushaltsberatungen auch angesprochen und z.B. die zahlreichen Aufträge an externe Büros kritisiert.

Wenn Sie mich zitieren dann bitte richtig.

Interessant aber sicher, dass Sie sich als Teil der CDU-Fraktion rühmen, nicht öffentlich Details gegen den Dezernenten aufzuführen.

Sieht man genauer hin, finden sich aber immer wieder viele mehr oder weniger deutliche Anspielungen.

Oder wie war das hinsichtlich der entstehenden Mehrkosten durch Ruhegelder, die gerechtfertigt seien, da ihrer Meinung nach eine Weiterbeschäftigung die Stadt noch teurer zu käme?

Martin Heinen schrieb am 5.02.2015 um 10:44 Uhr:

@ Boris Wolkowski

Ihre Ausführungen sollten bei nicht wenigen Verwaltungen in diesem Land die Alarmglocken zum schrillen bringen.

Schließlich sind zahlreiche Bauverwaltungen in den unterschiedlichsten Kommunen bekannt, in denen die zügige Bearbeitung von Bauanträgen etc. von den Bürgern ausdrücklich gelobt wird.

Sie haben mit Ihrer Aussage ja deutlich gemacht, dass davon auszugehen ist, dass dort tendenziell keine "gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung" stattfindet.

Ich gehe in den nächsten Tagen von einer entsprechenden Klagewelle vor den Verwaltungsgerichten aus. Schließlich sind Sie als RA sowie Ratsherr und Mitglied des Bauausschusses für Ihre Kollegen in dieser Hinsicht eine nicht uninteressante Quelle...

Wenn mich also demnächst, so wie heute nach der Berichterstattung Friedrichplatz, wieder mal ein Bürger anspricht mit der Frage, "Warum wurde ein ähnlicher Antrag in 'XY' so viel schneller bearbeitet?", dann antworte ich damit, dass dort vermutlich nicht nach Recht und Gesetz gearbeitet werde.

Sollte mein Gegenüber dies verständlicher Weise als gehörigen Mumpitz abtun, werde ich freundlich an Herrn RA Wolkowski verweisen...

Sollte mich hingegen mal ein Unternehmer nach fachkundigen Ansprechpartnern zum Thema Prozessverantwortung in Führungsebenen fragen, sollte man sich nach Ihren getätigten Ausführen jedoch besser an jemand anderen wenden...

Nichts für Ungut Herr Wolkowski, ich schätze Sie.

Aber Sie tischen mit Ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen in dieser Angelegenheit derart widersprüchliche Argumentationen auf, dass man höchstens durch eine gewisse Emotionalität eine Erklärung dafür finden kann. Schade eigentlich!

D. Pardon schrieb am 5.02.2015 um 12:03 Uhr:

@Martin Heinen

Sie nennen mich borniert, ich sehe und erkenne Ihre Standpunkttreue an – und solche Menschen sind mir allemal lieber als Wetterfännchen !

Sie meinen in meinen Aussagen eine grundsätzliche Kritik zu erkennen, vermutlich hervorgerufen durch Omas Spruch.

Hier irren Sie in Ihrer Interpretation.

So wie nicht jeder Mensch einen Balken vor dem Kopf hat, sind auch nicht alle Mitglieder von Parteien in ihrer Sicht eingeschränkt – lebhaft innerparteiliche Diskussionen und ringen um gemeinsame Positionen zeugen davon.

Die Völker der Welt mögens demjenigen verzeihen, der sich von Omis Spruch verletzt fühlt.

Der inhaltliche Wert von Aussagen entspringt selten empirischen Studien. Der eine spricht von Eindrücken durch "Gespräche mit Betroffenen", der andere bei „nicht wenigen“ auch.

Es kommt eben auf die Gesprächspartner an, von repräsentativen Ergebnissen kann und hat bis dato niemand außer Ihnen gesprochen. Wer liegt also schief, wer manipuliert?

Hierzu nun meine persönlichen Erfahrungen mit dem Bauamt: Im ersten Fall verlief die Bearbeitung vollkommen reibungslos, beim nächsten Fall verschwanden leider Unterlagen im Amt, deren Einreichung ich nachweisen konnte und gut war's.

Fehler passieren, trotzdem arbeiten viele Verwaltungsbereiche zur Zufriedenheit der Bürger und bis dato habe ich auch noch nie eine Unfreundlichkeit auf einem Amt erlebt. Soll ich mich nun darüber beschweren?

Trotzdem dürfen und müssen Verwaltungsabläufe immer wieder hinterfragt werden.

Im Bauamt läuft es seit Jahren nicht optimal.

Insofern gefällt mir der derzeitige FDP-Standpunkt sehr gut: Wie geht es nach der Abwahl des Dezernenten weiter? Neuer Kopf und gut ist? Nötig wäre eigentlich ein externer Unternehmensberater, der Arbeitsabläufe überprüft.

Der Baudezernent ist öffentlich demontiert worden, das kann man in der Art und Weise nur als würdelos bezeichnen.

Natürlich werden sich einige Ratsleute bei der Abwahl nicht wohl in ihrer Haut fühlen.

Doch zu "retten" war Andreas Wurff mit den ersten RP-Artikeln schon nicht mehr.

Nun gilt es für die Akteure nur noch gesichtswahrend aus dieser Nummer raus zu kommen.

Es gibt Politiker, die ich menschlich großartig finde und dabei argumentativ überzeugen können oder deren Argumente wenn schon nicht geteilt, dann doch respektiert werden.

Um bei Ihrer Partei zu bleiben: Wolfgang Bosbach ist solch ein Politiker, auch der verstorbene Richard von Weizsäcker ist ein großes Vorbild.

Die haben eine in der Politik seltene, aber auch in einem Stadtrat zu findende, Charaktereigenschaft: Mut zum Anstand.

Mut auch einmal gegen das Wolfsrudel zu heulen auch auf die Gefahr hin mit unliebsamen Charaktereigenschaften titulierte oder bei der nächsten Listenaufstellung abgestraft zu werden.

Martin Heinen schrieb am 5.02.2015 um 13:39 Uhr:

Wenn ich Sie mit dem Zitat Ihrer Oma schlicht missverstanden habe, nehme ich natürlich alles reumütig zurück! 😊

Ich bin allerdings an der Stelle zugegeben recht dünnhäutig, weil ich die Systemkritiken an unserem Staat und Parteiensystem, wie z.B. auch bei Blockupy oder bei Pegida etc., wirklich für äußerst borniert halte.

Gerade der häufig benutzte Begriff "Altparteien" hat dabei einen Ursprung, der mehr als unschön ist...

Inhaltlich kann ich Ihrem Posting bis auf einen kleinen Punkt voll zustimmen. Dieser Punkt bezieht sich auf die "Demontage".

Wenn Mitglieder von Fraktionen nach schweren Abwägungen und Wegfall von Alternativen zu solch einem Entschluss kommen, dann gibt es dafür keinen guten Zeitpunkt.

Genauso wenig wie bei der Überbringung eines Trennungswunsches oder der einer schlimmen medizinischen Diagnose.

Das sind grundsätzlich schmerzhaft Schritte, die aber dennoch wie bei den genannten anderen Beispielen notwendig sein können, obwohl es menschlich angenehmere Situationen gibt.

Ich hoffe jedenfalls nicht, dass Sie andeuten wollen, dass nur derjenige anständig ist, der gegen eine Abwahl stimmen wird.

Das wäre nämlich Quatsch!

RosaL schrieb am 5.02.2015 um 16:02 Uhr:

Mein Nickname zeigt meine Gesinnung 😊

Aus diesem Grund habe ich auch deutlich Kritik an der Arbeit von Herrn Wurff anzumelden.

An anderen Stellen konnte ich lesen, dass in den letzten Jahren Verkehrsplanung in MG hauptsächlich durch Verlagerungen von Belastungen stattgefunden hat.

In dieser Richtung hat sich leider zustimmend auch Herr Schultz von der Linke MG geäußert.

Ich finde immer noch eine Gesellschaft zeigt sich insbesondere daran, wie solidarisch sie Belastungen verteilt!

Es kann niemals gut sein, Menschen zu entlasten nur durch die Belastung anderer. Für mich ist das ein ur-linkes Grundprinzip.

Hannelore Huber schrieb am 7.02.2015 um 19:50 Uhr:

@RosaL

Können Sie Ihre Kritik konkretisieren?

Sie schreiben, dass Ihr Nickname Ihre Gesinnung zum Ausdruck bringt.

Sie führen aus:

„Ich finde immer noch eine Gesellschaft zeigt sich insbesondere daran, wie solidarisch sie Belastungen verteilt!

Es kann niemals gut sein, Menschen zu entlasten nur durch die Belastung anderer. Für mich ist das ein ur-linkes Grundprinzip.“

Was wollen Sie im Kontext dieses Artikels damit zum Ausdruck bringen?

RosaL schrieb am 8.02.2015 um 16:14 Uhr:

@ Hannelore Huber

Herr Schultz (Linke MG) hat in einem Forum der RPO erklärt, dass z.B. Tempo 30 für die Friedrich-Ebert-Str. mit dem Wissen zugestimmt wurde, das der Verkehr sich dadurch vor "andere Haustüren" verlagert.

Das wurde unter Planungshoheit von Herrn Wurff in ganz MG in den letzten Jahren so vorgenommen.

Aus meiner Sicht sind das keine Lösungen! Der Verkehr wird nämlich nicht weniger, bloss weil man ihn nicht mehr will. Auch so eine merkwürdige These von Herrn Wurff.

Für mich bleibt links, Belastungen die da sind zu verteilen! Wenige mehr zu belasten ist nicht links, abgesehen davon auch sehr unsozial!

Es ist eine moderne Unart, Belastungen zu bündeln und somit den Kreis der Betroffenen damit zu verringern, die Belastungen für diese aber zu erhöhen.

Das ist keine solidarische Gesellschaft!

Torben Schultz schrieb am 10.02.2015 um 12:04 Uhr:

Hallo zusammen,

ich habe gesagt, dass DIE LINKE trotz des Wissen, dass die 30er Reduzierung Friedrich-Ebert-Straße und Aachener Straße zu Verlagerungen führt, zugestimmt hat.

Normal wollen wir genau das nicht, sondern wollen eine Verlagerung vom Auto auf das Fahrrad oder den Bus, bzw. eben dass Menschen auch mal wieder zu Fuß gehen.

Aber aus rechtlichen Gründen mussten Lösungen gefunden werden und da sahen wir in diesem Fall keine Alternativen.

Allerdings bin ich schon für weitere Tempo 30 Zonen, denn ab einer gewissen Anzahl führt es dann nicht mehr zu Verlagerungen, aber zu einer Stärkung des Radverkehrs.

Und hier bitte beachten: Tempo 30 Zone ist weitergehend als nur eine Reduzierung auf Tempo 30!

Es geht also in erster Linie darum Belastungen zu reduzieren. Und dafür brauchen wir bei der Verkehrsfrage attraktive Alternativen.

Diese können aber nicht aus dem Boden gestampft werden, wenn Jahrzehnte lang falsch – nämlich als Autofreundliche Stadt – geplant wurde.

Links ist es eben auch, sozial und ökologisch zu denken. Der ständige Drang nach Wachstum und Gewinnen, zerstört ja nicht nur die Menschen selber, sondern auch den Planeten.

RosaL schrieb am 10.02.2015 um 15:07 Uhr:

@ Torben Schultz

Eigentlich haben wir die Grünen schon, oder?

Dass wir in MG davon eine weitere Alternative brauchen ist mir neu 😊

Als Linker müssten sie nicht fordern dass Menschen mit dem Rad fahren, sondern für Bedingungen kämpfen, das Menschen das Verkehrsmittel nutzen können das sie wollen. Das ist Chancengleichheit.

Was glauben Sie wer am Ende mit dem Rad fährt und wer immer noch mit dem Auto?

Ich kann mich vielleicht nicht richtig verständlich machen, aber links ist solidarisch und das muss immer gelten.

Eine Verkehrspolitik die darauf abstellt Belastungen zu bündeln (neu deutsch: verdichten), kann grundsätzlich nicht solidarisch sein.

Sie haben hier unkritisch etwas von anderen übernommen. Prüfen sie doch mal die Auswirkungen in der Realität. Sie würden sich wundern wie viele "andere Haustüren" es gibt.

Torben Schultz schrieb am 11.02.2015 um 13:28 Uhr:

Ich halte nicht viel von reinen Themen-Parteien, also Grüne für Umwelt, Linke für Soziale und Frieden, Piraten für Netzpolitik usw. usf.

Wir wollen als Linke das ganze politische Feld abdecken und da gehört zweifelsohne auch der Umweltschutz und der Lebensraum in der Stadt dazu.

Und dazu gehört auch, dass wir zu viel Autoverkehr haben!

Das ist nicht gut für die Umwelt und nicht gut für die Menschen in der Stadt. Trotzdem werden wir natürlich nicht mehr ganz auf das Auto verzichten können.

Und solidarisch kann hier nicht heißen, dass Hauptsache alle Autofahren können, die das wollen. Solidarisch muss hier auch heißen, dass den durch den Autoverkehr belasteten Menschen geholfen wird.

Deswegen müssen ALLE weniger Auto fahren, eben auch ganz solidarisch, egal ob Arm oder Reich.

Und deswegen muss der ÖPNV für alle finanzierbar sein und er muss entsprechend ausgebaut sein (in der Fläche und in der Taktung).

RosaL schrieb am 11.02.2015 um 14:50 Uhr:

@ Torben Schultz

Sie haben Recht, wenn Sie einen guten ÖPNV fordern.

Viele gerade sozial schwächere Mitmenschen sind darauf angewiesen. Beim Rest irren Sie, wenn Sie glauben das wäre eine linke Politik.

Sie haben durch die unreflektierte Übernahme von Forderungen Ihrer Mitbewerber mit am Fundament einer solidarischen Gesellschaft gesägt.

Das ist nämlich keine Theorie, das sie Belastungen lediglich verschoben und für viele Menschen verschärft haben.

Ich unterstelle sogar, das Sie gute Absichten hatten. In ihrer Logik müßten nur die Löhne noch weiter gekürzt werden, damit sich noch weniger Menschen ein Auto leisten können. Da paßt was nicht zusammen.

Als Linker haben Sie für Möglichkeiten zu kämpfen, nicht für Unmöglichkeiten. Dahinter steckt lediglich eine Verzichtsaufforderung. Die hauptsächlich ihre ureigene Wähler/innen trifft.

Rosa L. wollte die Freiheit des Anderen. Es ging ihr darum, den der schwächer ist, durch jemanden der stärker ist, in eine verbesserte Situation zu verhelfen. Ich bin entsetzt, was heute als links deklariert wird.

Sehen sie nach Griechenland. Die Belastungen der Krise wurde auf eine Gruppe der Gesellschaft "verdichtet".

Das ist keine Solidarität.

Was sie zum Autoverkehr sagen hierauf angewendet bedeutet: Das ist okay und ab jetzt müssen einfach alle nur noch mehr sparen.

Ich danke Ihnen für das Gespräch und das Sie sich dafür Zeit genommen haben.

RechtseinDraht-linkseinDraht schrieb am 13.02.2015 um 21:17 Uhr:

zu "RosaL"

Hättest Du geschwiegen, Du wärst ein Philosoph geblieben.

RosaL was soll das für ein Pseudonym sein?

Soll es eine Verballhornung von Rosa Luxemburg sein, deren Leiche aus dem Berliner Landwehr Kanal gezogen wurde.

Gemeuchelt von den Fememördern der marodierenden militaristischen Nationalisten des 1. Weltkrieges.

In deren Zusammenhang will sich das Pseudonym RosL verorten?

Beschämend! Welch eine Schande.

Will RosaL uns glauben machen, ihr gedanklich dünnster Aufguss hätte irgendetwas mit dem Denken der Internationalistin zu tun.

Was RosaL uns hier abliefern, ist konservativer Konsumismus der allerdümmsten Art. Geht es noch niveauloser?

Warum versucht RosaL sein verdummendes Geschwafel, – ich gehe davon aus, dahinter kann sich nur ein Mann verbergen, – nicht woanders los zu werden?

Muss die BZMG dem eine Plattform schenken?

Wenn ich den Kommentar von RosaL zu Ende denke, könnte behauptet werden, jeder menschenverachtende Totalitarismus sollte als Ausdruck lupenreiner Demokratie verstanden werden.

Seit Orwell sollten wir wissen, wann weiß zu schwarz umgedeutet wird.

Hier kommt der „Große Bruder“ als RosaL daher.

Ja, Karneval ist sich verkleiden erlaubt.

Aber danach sollte dann aber auch Schluss sein.

RosaL schrieb am 13.02.2015 um 22:40 Uhr:

Da muss man sich wirklich fragen, wem hier alles ein Forum geboten wird?

Es ist schon interessant, das einige offensichtlich eine Auseinandersetzung mit anderen Argumenten gar nicht wollen?

Soviel Frust, weil die Welt und die Menschen nicht so sind, wie man selber glaubt, wie sie den zu sein hätte?

"Wenn ich den Kommentar von RosaL zu Ende denke, könnte behauptet werden, jeder menschenverachtende Totalitarismus sollte als Ausdruck lupenreiner Demokratie verstanden werden."teilen sie doch bitte ihren Gedanken, der sie zu diesem Ergebnis veranlaßt.

Vielleicht kann ich etwas von ihnen lernen?

Um Menschenverachtung erkennen zu können, sollte man die Menschen lieben können. Ich habe das mit der Bürgerzeitung wohl falsch gedeutet.

Ich möchte niemanden durch meine Kommentare hier in seinem Weltbild erschüttern.

Ich teile auch gerne das Andenken an Rozalia Luksenburg mit allen hier. Vereinnahmen will ich sie nicht, dafür respektiere ich manches was sie getan zu sehr.

Sie haben vielleicht recht. Ich bin nicht RosaL.

Sie war zu sehr Kämpferin und hätte sich ihre Verunglimpfungen nicht so ohne weiteres gefallen lassen.

Ich nehme sie hin und überlasse sie wieder ihren eingemauerten Gedanken.

RosaL schrieb am 13.02.2015 um 23:02 Uhr:

"Warum versucht RosaL sein verdummendes Geschwafel, – ich gehe davon aus, dahinter kann sich nur ein Mann verbergen, – nicht woanders los zu werden?"

Ich wollte ihnen mit meinen Worten keine Angst machen. Vielleicht sind sie in einem Punkt mehr RosaL.

Sie mußte auch gegen eine Überzahl von Feinden (ich hoffe nicht, das sie das auch so empfinden) kämpfen.

Ich habe nichts gegen ihre gegenteilige Meinung, aber mir war wichtig zu verstehen, warum sie so aggressiv in ihren Worten wirken.

End.

Hannelore Huber schrieb am 15.02.2015 um 19:34 Uhr:

@ RosaL

Sie schreiben als Erklärung:

„Aus meiner Sicht sind das keine Lösungen! Der Verkehr wird nämlich nicht weniger, bloss weil man ihn nicht mehr will. Auch so eine merkwürdige These von Herrn Wurff.

Für mich bleibt links, Belastungen die da sind zu verteilen! Wenige mehr zu belasten ist nicht links, abgesehen davon auch sehr unsozial!"

Wäre es so einfach. Dass der Verkehr weniger wird, hat weder Herr Wurff noch sonst jemand behauptet.

Das Problem war und ist, dass einige Straßen in Mönchengladbach in Bezug auf Lärm und Feinstaub so belastet waren und sind, dass auf Grund von EU-Vorschriften gehandelt werden musste.

Ob Herr Wurff oder jemand anders als Baudezernent, diese Vorschriften sind zu beachten und Lösungen zu finden.

Dass es sich dabei nicht vermeiden lässt, dass sehr hoch belastete Straßen entlastet werden müssen, und es dadurch zu mehr Verkehr als vorher auf anderen Straßen kommt, ist nicht zu vermeiden. Wie sollte das auch anders möglich sein?

Der Verkehr nimmt deshalb nicht ab und mehr Straßen, auf die der Verkehr umgeleitet werden könnte gibt es auch nicht. Also muss umverteilt werden.

Dass dies denjenigen, die nun mehr Verkehr haben als vorher, nicht gefällt ist zwar nachvollziehbar aber leider nicht zu ändern.

Vielleicht haben Sie eine Idee dazu, wie das funktionieren könnte?

Die Stadtverwaltung ist mit absoluter Sicherheit an umsetzbaren Verbesserungsvorschlägen interessiert und dafür offen.

Sowohl hinsichtlich des Luftreinhalteplanes als auch des Lärmaktionsplanes konnten die Bürger dieser Stadt ihre Bedenken oder Anregungen vorbringen.

Lärm und Belastungen der Luft (z.B. Feinstaub, Benzol, Stickoxide) verursachen gesundheitliche Schäden.

Mehr Informationen zu Lärm und Luftbelastungen, und warum auch in Mönchengladbach gehandelt werden musste, finden Sie hier:

Luftreinhalteplan MG

http://www.moenchengladbach.de/index.php?id=522&user_wfp2pressenewsdetails_pi1%5Bnews_id%5D=13544&cHash=07dfa1b1cc0a9ed606539589c70c61bc

Luftqualitätspläne gemäß der EU-Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft

<http://www.lanuv.nrw.de/luft/lrpaktionspl.htm>

Lärmaktionsplan (Umgebungsärm) MG

http://www.moenchengladbach.de/index.php?id=115&no_cache=1&tx_ttnews%5Byear%5D=2011&tx_ttnews%5Bmonth%5D=10&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2325&cHash=25dab7c36e

Was sind Lärmaktionspläne?

http://www.umgebungslaerm.nrw.de/laermaktion_splanung/inhalt_laermaktionsplan/index.php

Für die Aufstellung der Lärmaktionspläne—auch an den Schienenwegen des Bundes— sind in Nordrhein-Westfalen die Städte und Gemeinden zuständig.

http://www.umgebungslaerm.nrw.de/laermaktion_splanung/zustaendigkeit/index.php

LKW-Routenkonzept Mönchengladbach

http://www.brd.nrw.de/umweltschutz/umweltzone_luftreinhaltung/pdf/Massnahmekatalog-Moenchengladbach.pdf

Lkw-Routenkonzept: Ingenieurbüro untersucht Brücken und Straßenräume und führt Befragungen durch:

<http://www.bz-mg.de/verkehrsentwicklungsplan-vep/guterverkehrsplanung-lkw-routenkonzept/lkw-routenkonzept-ingenieurburo-untersucht-brucken-und-strassenraume-und-fuhrt-befragungen-durch.html>

Grundsätzlich gilt: Lärm macht krank, Lärm erzeugt Stress:

https://www.planet-wis-sen.de/alltag_gesundheit/wohnen/wohnen_und_gesundheit/laerm.jsp

<http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/laerm-macht-krank-stress-fuer-koerper-und-psyche-a-965947.html#>

Dasselbe gilt für die Belastung der Luft durch Feinstaub, wobei besonders gefährlich die Partikel ab PM 2,5 und kleiner sind, die auch lungen-gängig sind:

http://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luf_tschadstoffe/feinstaub

<http://www.bz-mg.de/verkehrsentwicklungsplan-vep/luftreinhalteplan-monchengladbach-masnahmenliste-als-separaten-download.html>

Teil V: CDU sucht Baudezernent/in: Annette Bonins frühzeitige Absage klug • Dr. Hans Peter Schlegelmilch: „Bauliche Fachkompetenz eher hinderlich“ (?)



Nein, so hat der CDU-Fraktionsvorsitzende das nicht gesagt. Er hat sich dahingehend interpretieren lassen, dass er sich vorrangig einen „Organisator mit Führungserfahrung“ wünscht. Natürlich könne es auch ein „ausgewiesener Stadtplaner“ sein.

Priorität genau in dieser Reihenfolge?

Nach den Erkenntnissen, die Beobachter der Mönchengladbacher Verwaltungsspitze haben, müssen Bewerber um ein Mönchengladbacher Dezernentenamt gewiefte „Parteibuchtaktiker und -claqueure“ sein oder auf langjährige Erfahrung in einer Kommunalverwaltung verweisen können oder darauf Hoffende sein, ein „parteibuchge-spanntes“ Karrieresprungbrett zu ergattern.

Ein guter „Manager“, was immer ein solcher in den Augen der nun „Suchenden“ auch sein mag, wie CDU und SPD ihn sich als Baudezernenten erträumen, könnte bei 95.000 EURO pro Jahr allenfalls ein Junior-Consultant aus einer Unternehmensberatung sein. Aber ohne CDU-Parteibuch geht selbst dann nichts.

Auch Dr. Ulrich Schückhaus, der 1999 von Kienbaum zur EWMG kam war und ist Mitglied der Mönchengladbacher CDU.

Dieser hat mit seinem jährlichen „Regeleinkommen“ von über 250.000 EURO plus „Provisionen“ (fast doppelt so viel wie ein Mönchengladbacher OB) angesichts der Bezüge eines Baudezernenten nur ein müdes Lächeln.

Wer sich bei der aktuellen politischen Konstellation im Mönchengladbacher Rat und den bauaffinen Gesellschaften auf den Posten des Baudezernenten bewirbt, muss sich darüber im Klaren sein, sich für die Dauer von 8 Jahren in eine Art „Dschungelcamp“ zu begeben, aus dem jederzeitige „Heraus-Wahl“ möglich ist.

Für einen (jungen) „ausgewiesenen Stadtplaner“ könnte ein solcher Vorgang zu einer nachhaltigen Imagebeschädigung führen.

Falls der aktuelle Baudezernent sich selbst einen Vorwurf machen könnte, dann den, dass er sich vor seiner Bewerbung im Jahr 2010 der politischen Machenschaften in und um den ehrenwerten Mönchengladbacher Klüngel und möglicher persönlicher Konsequenzen nicht hinreichend bewusst war.

Dass im Laufe einer vierjährigen Amtszeit Fehler gemacht werden, weiß jeder, der exponierte Funktionen inne gehabt hat. Dass darunter auch kommunikative zu finden sind (wenn man denn danach intensiv sucht) ebenfalls.

Was man Wurff und der chronisch unterbesetzten Bauverwaltung auf jeden Fall attestieren kann, ist, dass die Jahre seit seines Amtsantritts im April 2010 durch aufwändige Projekte gekennzeichnet waren, wie z.B. Methangasanlage Wanlo, Arcaden, geplanter Neubau einer Zentralbibliothek und auch die Festivalplanungen im JHQ.

Projekte dieses Umfanges „neben“ dem „normalen“ Tagesgeschäft mit der zu stemmen, war eine Herkulesaufgabe.

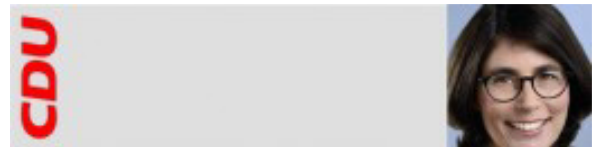
Zwei Dinge kann man ihm nicht vorwerfen. Er hat nicht – auch nicht auf Weisung „von oben“ – erkennbar gegen geltendes Recht oder gegen die Interessen der Stadt und ihrer Bürger gehandelt, und er war nicht „parteibuchorientiert“ (zumal er selbst keines hat).

Dr. Hans Peter Schlegelmilch, Initiator und treibende Kraft im momentanen Abwahlbestreben der GroKo, hat erkannt, zumindest lässt er das erklären: „Eine eierlegende Wollmilchsau werden wir nicht finden“ (Zitat aus rp-online vom 31.01.2015 – 0:00 Uhr).

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass er nach einer solchen gesucht hat. Ob er bereits fündig wurde, ist nicht bekannt.

Beim „Traum“ Schlegelmilchs von einer Vernetzung „der Ressourcen des Konzerns Stadt zur WFMG, EWMG und zu anderen städtischen Gesellschaften“ wiederum, hat dieser wohl (noch) nicht begriffen oder geflissentlich übersehen, dass es sich dabei um eine originäre Führungs- und Leitungsaufgabe des Hauptverwaltungsbeamten (aktuell von Parteifreund Hans Wilhelm Reiners) in seiner Funktion als „Konzernleiter“ (so hätte diese Position Dr. Anno Jansen-Winkel/FDP sicherlich bezeichnet) handelt.

Aber vielleicht ist dies ja auch nur einer von Schlegelmilchs „Träumen“ mit der Qualität des Flops „Rock im JHQ“.



Bemerkenswert, nachvollziehbar und klug ist, dass die planungspolitische Sprecherin der CDU, Annette Bonin, schon recht früh klargestellt hat, dass sie sich nicht um das demnächst wahrscheinlich vakante Amt „Baudezernent“ in Mönchengladbach bewerben werde.

Wobei sie mit ihrem Argument, für diese Position nicht die notwendige Qualifikation mitzubringen, ihr Licht unter den Scheffel stellt.

3 Kommentare zu diesem Artikel:

Noch enne Buur schrieb am 3.02.2015 um 19:47 Uhr:

Neulisch en minne Hönnerstall:

Enne Hoop Hönner die schwatt send.

Op enns – däh – en witte Honn do tösche.

Do wu'ed et i'esch net lang jevroot, wo dat Honn herkütt.

Dat witte Honn mot vott!

Wat soll dat dann – dat Honn lääd doch enne Hoop Eier.

Dat Honn pass he net enn et Beld.

On wat nu?

Schmiit dat Honn doch övver de Hekk – soll et doch selever kikke wie et jereet kütt.

Do hann esch enns hösch jevroot: „Worömm“!

Dat es „politsch esu jewollt“!

Sälde Poletik.

DerEhrliche schrieb am 3.02.2015 um 22:01 Uhr:

Ja so ist das. Frau Bonin wurde in der Presse als Nachfolgerin gehandelt. Sie hat das dementiert.

Na Ja Podolskis Wechsel nach Italien wurde auch in der Presse bekannt gegeben. Und auch er hat dementiert. Wo ist er jetzt in Italien hmmm...

Ein taktisches Dementi. Ihre Stimme würde bei der geheimen Abwahl ja fehlen also dem #rauswurf. Denn die Opposition hätte doch bestimmt Befangenheit angemeldet.

Wo kann man schon seinen Vorgänger auch noch selber abwählen. Na im #ratmg

*Schönen Abend noch
DerEhrliche*

Brummbär schrieb am 20.02.2015 um 10:15 Uhr:

@ DerEhrliche

Ihre Überlegungen sind nicht von der Hand zu weisen.

Frau Bonin wird immer wieder mal dezent eingebracht. Sowohl von der CDU als auch deren Sprachorgan, der RP.

So wie heute:

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/brite-n-haeuser-sechs-jahre-fuer-planwerk-aid-1.4890337>

Kann Zufall sein ...

Teil VI: Bauausschuss „business as usual“ • Wurff souverän • CDU drückt aufs „Tempo“ • „Abwahl-Sondersitzung“ des Rates am 16.03.2015 um 17:00 Uhr



Mancher, der plötzlich sein erzwungenes berufliches Ende vor Augen hat, zieht sich „ins Schneckenhaus“ und vielleicht sogar in eine Krankheit zurück. Nicht so Baudezernent Andreas Wurff.

Er wird seine Aufgaben pflichtbewusst bis zu seinem letzten Arbeitstag so erledigen, wie er sie erkennbar bislang erledigt hat. Das war auch bei der Sitzung des Planungs- und Bauausschusses am 10.02.2015 der Fall. Chapeau!

Damit zeigt er das, was der GroKo und OB Hans Wilhelm Reiners (CDU) in dieser Angelegenheit abzugehen scheint: Stil!

Man muss schon über ein gerüttelt Maß an Kalkül verfügen, wenn man als Ausschussmitglied das Abwahlersuchen mit unterzeichnet hat und dann so tut als sei gar nichts gewesen.

Zwischen einem solchen Abwahlersuchen und der Abstimmung müssen gemäß den Richtlinien der Gemeindeordnung NRW sechs Wochen liegen. Damit soll den Ratsmitgliedern die „Denkpause“ gegeben werden, sich bei der Abstimmung ggf. noch anders zu entscheiden.

Weil es dem CDU-Fraktionsvorsitzenden nicht schnell genug gehen kann, hat er unter dem Datum 11.02.2015 (also einen Tag nach der Sitzung des Bauausschusses) für die CDU-Fraktion den Antrag auf eine Sondersitzung des Rates gestellt und OB Reiners hat dementsprechend schnell reagiert und die Ratssitzung auf den 16.03.2015 um 17:00 Uhr terminiert.

Dass allein die CDU den Antrag gestellt hat und die SPD sich daran nicht beteiligte, mag nichts bedeuten, zeigt aber nicht nur, dass die CDU-Fraktion die treibende Kraft ist, sondern auch, wer in der Mönchengladbacher GroKo das Sagen hat.

In dieser Ratssitzung müssen zwei Drittel der „gesetzlichen Zahl“ der Ratsmitglieder für eine Abberufung stimmen. Das wären mindestens 44 Ratsmitglieder.

Mit OB Reiners würde die GroKo über 50 Stimmen verfügen. Es müssten sich also sechs GroKo-Mitglieder gegen eine Abwahl entscheiden, unterstellt man, dass die FDP mit ihren 3 Stimmen nicht für eine Abwahl stimmt.

Sollte es zur Abwahl von Andreas Wurff kommen und OB Reiners den Baudezernenten auch noch öffentlich „mit Dank für die bislang geleistete Arbeit“ verabschieden wollen, könnte dies nur peinlich werden (für Reiners). Denn nach der öffentlichen Demontage Wurffs wäre das nichts anders als Hohn.

Aber vielleicht wäre das eine weitere Facette von „Neues Denken – Neues Handeln“.

Möglicherweise verzichtet aber Andreas Wurff auf eine solche Art von „Verabschiedung“ ...

4 Kommentare zu diesem Artikel:

RosaL schrieb am 12.02.2015 um 17:54 Uhr:
[| Bearbeiten](#)

Nun, ich habe meine Kritik an der Arbeit von Herrn Wurff hier ja schon beschrieben.

Ich finde den heutigen Artikel ein wenig zu sehr "bad guys" gegen "good guy".

Ich mag naiv sein, aber ich erkenne weder ein Übermaß an Stil bei Herrn Wurff, noch würde ich den (nicht wenigen) Befürwortern seiner Abwahl Stillosigkeit vorwerfen. Eigentlich passiert hier etwas ur-demokratisches, oder nicht?

Man mag der Meinung sein, das Herr Wurff fehlerlos für unsere Stadt gearbeitet hat und bedauern, das andere anderer Meinung sind. Aber anrühlich oder gar undemokratisch ist seine Abwahl nun wirklich nicht.

Letztlich müsste sich diese Kritik doch dann eher an die Wählerschaft dieser Stadt richten?

Brumbär schrieb am 13.02.2015 um 10:40 Uhr:

@RosaL

Und ich finde, dass Sie ein Troll sind.

Liest man Ihre Kommentare/Aussagen sind die schon sehr eigenwillig und nicht wirklich, wie Sie behaupten Programm Ihres Namens.

Übrigens, Ihre Schlussfolgerung:

"Letztlich müsste sich diese Kritik doch dann eher an die Wählerschaft dieser Stadt richten?"

stimmt nur begrenzt, viel zu viele kapieren überhaupt nicht, wie Verwaltung und Politik verquickt sind. Die wissen auch oft gar nicht wie die Auswahl von z.B. Dezernente funktioniert. Genauso wenig, wie massiv der politische Einfluss innerhalb der Verwaltung ist.

Wird und wurde den Leuten ja auch nie wirklich erklärt.

Gilt für vieles: Wären die Menschen über einiges besser informiert, würde es ordentlich rappeln im Karton. Da können Sie aber sicher sein.

Und es gilt in Mönchengladbach (weniger in Rheydt) noch immer: Schwarzen Stock hinstellen, Leute wählen den. Warum auch immer.

Das Problem ist im aktuellen Fall sowohl in MG als auch im Bund die GroKo, die in dieser Form von den Bürgern nicht gewollt war.

Bei der SPD wurde (in MG als auch im Bund) solange pro GroKo geredet und abgestimmt, bis es passte.

Nur weil dadurch eine massive Mehrheit zusammen kam, bedeutet das noch lange nicht, dass dies Ausdruck des Wählerwillens ist.

Das sind die gerne genommenen Irrtümer der Politiker, die sich das zurecht reden, bis es stimmt und passt.

Das ist maximal Ausdruck des Machtwillens einiger SPD-Protagonisten (wie es in MG z.B. Ex-OB Bude war, der sich während seiner Amtszeit immer mehr von CDU-Leuten "anleiten" ließ und bei den Kooperationsverhandlung am Tisch saß), die deshalb unbedingt die GroKo wollen und wollten.

In MG mit der ganz üblen Folge, dass von SPD in dieser Stadt GAR NICHTS mehr kommt, woran man erkennen könnte, dass es da doch mal unterschiedliche politische Meinungen und sogar Wahlprogramme gegeben hat.

Man fragt sich immer mehr, ob es diese Partei überhaupt noch gibt. Man hört sie nicht, man sieht sie nicht, aber die Gelder, die Parteien bekommen, scheint sie noch zu kassieren, also lebt sie noch?

Aber die SPD in MG war schon immer ein Fall für sich. Bei genauerem Hinsehen nicht wählbar.

Zu Wurff. Der störte die CDU und deren Klügelclub.

Es geht hier schließlich um Einflussnahme (wie war/ist das mit dieser "Krämer"seele, die nun im Jessen-Mutterhaus rumlungert und früher Leiter des Bauordnungsamtes war?) und viel, viel Geld, das es zu verdienen gilt.

Tag auch.

RosaL schrieb am 13.02.2015 um 13:25 Uhr:

@ Brumbär

Sie entlarven sich selbst! Sie verstehen nicht, das links Fortschritt bedeutet. Früher und Heute. Und dabei die Menschen mitzunehmen!

Ihre Weltsicht wird von ganz vielen nicht geteilt.

Werben sie dafür, das ist ihr Recht. Die Menschen sind eben nicht dumm und unaufgeklärt.

Sie sagen eigentlich, unsere Demokratie funktioniert nicht, wir werden nicht richtig informiert.....das habe ich so ähnlich in den letzten Monate auch schon gehört.

Glaube aber nicht daran, wenn sie das behaupten...;-)

Noch enne Buur schrieb am 13.02.2015 um 18:58 Uhr:

@Brumbär: Klasse jeschri'eve!

Wenn esch an de Politik he em Jlabach esu no denke donn, mot esch hengereen an minne Verkesstall denke.

Worömm?

Die Viescher hunge emmer över dr Verkestrooch on wollden jätt ze Vresse. Die Verkes wu'ere vü'ere ru'et (rosa) on an de Vott wu'ere se schwatt!

(esch well jo niks schleites saare – äver esch hann jehu'et, dat et em Jlabach enn Zo'et Verkes jä'eve soll, wo dat möt de Värf ömjedri'ent senn soll.)

Op enns mennden de Vamellisch: „Die Verkes mötte vott“!

Do hann eschdann enns jevrooch: „Worömm mötte die Verkes vott? – die schmekke doch joot em Pott on op dr Jriill“!

Ei watt- die kosse doch bloß oser Jeld on dont niks dovü'er, on stenke dont se och.

Nu kütt de „Jlabbacher Demokratie“ en et Spell: De Vamellisch had mesch enne Urlaub spendeert.

Wie esch no vetten Daach wi'er jekomme benn, wu'ere de Verkes vott.

Do hat sesch doch enn de Vamellisch en „jru'ete Kolitiun" (Groko) etable'et öm mesch ze överstemme.

Nu benn esch an et överläje, wat esch mesch vörr nö'e Verkes jälde soll:

Schwatte Verkes? Nä – die biite (beißen) alles kapott.

Rue Verkes? Och net – die lije dr janze Daach erömm on jrunze noch net enns – dont blos aff on too jätt Fu'eze.

Jä'ele on jröone Verkes meuden esch kenn.

On wie jeet et enn minne Hönnerstall to?

Do loope de Hönner on de Jänges dureen – dont schnattere on jakkere – (jenu wie en Jlabbach) – äver minn Viescher läje Eier!

Teil VII: Soll "überhastete" Abberufung Wurffs am 16.03.2015 dessen Teilnahme an der MFI-HDZ-Eröffnung in „offizieller Funktion“ als Baudezernent verhindern?



Dass die „Geschichte“ des MFI-Handels- und Dienstleistungszentrums (HDZ) eng mit dem Engagement von Andreas Wurff und seinen Mitarbeitern im Baudezernat verbunden ist, dürfte kaum jemand in Abrede stellen, selbst "Abberufungsbetreiber" Dr. Schlegelmilch (CDU) nicht.

Man weiß zwar nicht, wie ein anderer Beigeordneter bei diesem Thema agiert hätte, Tatsache ist jedoch, dass Wurff im Interesse des Projektes großen Wert darauf gelegt hat, die Bürgerschaft bei diesem nach wie vor umstrittenen Projekt frühzeitig mit einzubeziehen.



Seine positive Einstellung zu diesem Vorhaben stellte er beispielsweise am 25.05.2011 in der KFH unter Beweis, als er die Veranstaltung zur Konzeptvorstellung durch MFI professionell zielentsprechend leitete.

Auf Grund des erheblichen Diskussionsbedarfs bei den etwa 200 Teilnehmern endete diese Bürgerinformationsveranstaltung statt um 20:30 Uhr erst nach 4 Stunden, nämlich um 22:00 Uhr.



Mehr zum Thema [HDZ: Bürgerinformationsveranstaltung – Teil I: mfi-Konzept und Fassadengestaltung](#)

Während des gesamten MFI-Projektes, das am 26.03.2015 endet, gab es seitens der CDU und deren damaligem baupolitischen Sprecher Hans Wilhelm Reiners (CDU) und heutigem Hauptverwaltungsbeamten (Oberbürgermeister) nur Anerkennung und keinen auch nur im Ansatz erkennbaren „Vertrauensverlust“ seitens des CDU-Fraktionssprecher Hans Peter Schlegelmilch und der nun in dessen „Gefolge“ befindlichen SPD-Fraktion, die Wurffs Abberufung (am 16.03.2015) versuchten zu begründen.

Auch die Art und Weise, wie er durch offensive Berücksichtigung der Vorstellung der Odenkirchener Bürger und Geschäftsleute die jahrelangen Querelen zwischen Politik und Bauverwaltung zur Gestaltung des Odenkirchener Zentrums, fand die uneingeschränkte Zustimmung aller Fraktionen in der Bezirksvertretung Süd, im Bauausschuss und im Rat.

Bemerkenswert und richtungsweisend war in diesem Zusammenhang die ebenfalls von Wurff geleitete Bürgerversammlung am 28.10.2010, nach der keinerlei Kritik (auch nicht seitens der CDU) geäußert wurde.



So zeigte sich selbst die ehemalige Bezirksvorsteherin Renate Zimmermanns (CDU) von der sehr guten Beteiligung an dieser Bürgerversammlung angetan, wären doch zu einer Bürgerversammlung zum Thema „Gehwegplatten“, die sie veranstaltet habe, nur 20 Personen gekommen.



Mehr zum Thema [Burgfreiheit: Bürgerversammlung in Odenkirchen – Lernstunden \(nicht „Lehr“stunden!\) für viele](#)

Alein diese beiden Beispiele machen erneut deutlich, dass die tatsächlichen Abwahlmotive von CDU, OB Reiners und SPD nicht in der fachlichen Kompetenz Wurffs, sondern vielmehr darin liegen, dass sie „unmöglich“ mit jemandem (weiter)

zusammenarbeiten wollen, der nicht bereit ist, nach Parteibuch-„Pfeifen“ zu tanzen.

Möglicherweise zählen zu den „Abberufungsgründen“ der Protagonisten aber auch Wurffs grundsätzliche und bis dato für die Mönchengladbacher „Bau-Szene“ unüblichen Vorstellungen zu einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung, die er mit Beginn seiner Amtszeit kommuniziert und versucht hat, möglichst auch umzusetzen.



Mehr zum Thema [Wurffs Perspektiven für Mönchengladbach – Teil II: Bürgerbeteiligung \[mit O-Ton\]](#)

Denn eine solche Art von frühzeitiger Bürgerbeteiligung gehörte bis zur Kommunalwahl 2009 insbesondere bei der CDU nicht zu den bevorzugten Verhaltensweisen (siehe „Giesenkirchen 2015“ usw.).

„Getoppt“ wird das Verhalten der CDU-Fraktion und OB Reiners noch davon, dass die Sondersitzung zur Abberufung von Wurff auf den 16.03.2014 so rechtzeitig (!) terminiert wurde, dass dieser zur Eröffnung des MFI-Handels- und Dienstleistungszentrums an der Hindenburgstraße nicht mehr in „offizieller Funktion“ erscheinen kann.

Womit sich der Kreis schließt ...

2 Kommentare zu diesem Artikel:

Erik Jansen schrieb am 15.02.2015 um 23:53 Uhr:

Unvergessen bleibt für mich auch die Aussage von Markus Spinnen (CDU) während einer Sitzung der BV-West als er zum Thema „Kaufland Holt“ dem Vertreter der Grünen nah legte, sich nochmal im Rahmen einer Fraktionssitzung bei „seinem“ Dezernenten zu erkundigen – mit dem dezenten Hinweis, dass die Dezernenten der CDU schließlich auch bei deren Fraktionssitzungen dabei seien, um die Fragen der CDU-Politiker „im Vorfeld“ zu beantworten.

Das war für mich schon damals ein Indiz, wohin die Reise der CDU gehen soll: zurück zur Hinterzimmerpolitik und zum Ausschluss jeglicher transparenter Diskussionskultur mit den anderen Fraktionen/Parteien.

Ypsilon schrieb am 17.02.2015 um 00:24 Uhr:

@ Erik Jansen

Es lebe der Klüngel und die Hinterzimmerpolitik!

Wenn das erst der Anfang der Grusel-GroKo ist, dürfen wir uns noch auf einiges gefasst machen.

Speziell die CDU muss sich wohl erst richtig warmlaufen nach 5 Jahren Abstinenz, um wieder in die alte Form zurück zu finden.

Aber, dass die das schaffen, da muss man keine Sorgen haben! Das wird schon! Daran wurde in den vergangenen Jahren stets fleißig weiter gebastelt.

Altes Denken und altes Handeln. Die hatten sich wohl nur mit dem Slogan geirrt (angeblich neues Denken, neues Handeln ...!).

Die SPD, obwohl nahezu runderneuert und arg verjüngt, scheint trotzdem noch von den letzten „Regierungs“-jahren ermüdet und ermattet und ist vollkommen in der Versenkung verschwunden. Futsch, weg, nix mehr zu hören und zu sehen von den Sozen.

Das Warm up der Grusel-GroKo voriges Jahr war der Traum vom „Rock am Ring“ in Gladbach, der gründlich falsch geträumt wurde, da komplett missverstanden. Zumindest stellte es Lieberberg dann so dar.

Sollte gegen Ende ja angeblich nie dieses Festival hierher verlegt werden. Wie bei Bobby Ewing in der Serie „Dallas“ – alles nur ein Traum/Irrtum. Ähäm, wer's glaubt! Ein „kleineres Festival“ sollte es dann angeblich werden.

Dafür der enorme Aufwand in der Stadtverwaltung! Auch in Herrn Wurffs Dezernat.

Alles für die Tonne und kostenlose PR für Lieberberg.

Aber jetzt geht es mit der Grusel-GroKo richtig los.

Es wird aufgeräumt und umsortiert, auf dass alles wieder klappt und läuft wie am Schnürchen, damit die alten Seilschaften wieder voll funktionsfähig sind.

Inklusive der dazu gehörigen Verbindungen in der Verwaltung. Sowas dauert halt ein wenig. Aber das wird schon, wie aktuell zu besichtigen ist.

Deshalb müssen an und in den wichtigsten Positionen wieder die richtigen und willigen „Führungskräfte“ sitzen. Herr Wurff war da wohl eine Fehlbesetzung und mehr der Störenfried, der als erstes „entsorgt“ werden musste, koste es, was es wolle.

Die GroKo könnte doch gleich einen der Bücken-Brüder (Jessen und Viehof) nehmen. So würde viel rationeller und noch schneller „Hand in Hand“ und „alles aus einer Hand“ gearbeitet werden ...

Alternativ auch sicher gerne jemand von MG 3.0.

Gibt eh' schon diesen ominösen Masterplan-Beirat, dann kann auch gleich einer von denen das Baudezernat offiziell entern. Ist doch schon schnuppe. Wozu immer das heimliche Getue!

Die blöden Bürger checken das doch ohnehin nicht.

Eines steht für mich jedenfalls fest. Die größte Enttäuschung ist OB Reiners.

Sehr schade sein Agieren i.S. Wurff. Ganz schlechter Stil. Personalpolitik via Rheinische Post.

Vollkommen ungeniert und vor allem vollkommen unprofessionell, ja peinlich dilettantisch, wenn auch offensichtlich so gewollt. Das erzeugt kein Vertrauen.

Tja, man scheint sich „unter sich“ zu wähnen und wir Bürger sind nur Beiwerk, das bei diesem miesen Spiel zusehen darf. So ist eben in der Politik die seltsame Definition von „Wählerauftrag“.

Teil VIII: „Altes Denken - Altes Handeln“ • CDU & "vertrauensunwürdige" Dezenten



Eine Abwahl hat es in Mönchengladbach noch nie gegeben, wohl aber Fälle, in denen die CDU „sich“ in Hinterzimmern unliebsamer Dezenten „entledigte“. Beispiel: Prof. Dr. Günther Buhlmann.

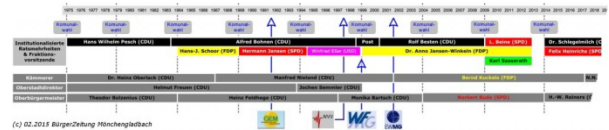
Er war einer der letzten, wirklich engagierten Mönchengladbacher CDU-Sozial-Politiker – auch wenn er „Verwaltungsmann“ war – als er 1992, nach 25 Dienstjahren von OB Heinz Feldhege in den Ruhestand verabschiedet wurde.

„Wenn heute von einem sozialen Netz in Mönchengladbach die Rede ist, dann ist das Ihr Verdienst“, sagte Feldhege damals.

Zeitzeugen berichteten unserer Zeitung von einem weitblickenden und auch außerhalb seiner Dezentenentätigkeit hochengagierten Sozialpolitiker, dessen Abschied nicht von ungefähr gekommen sein soll.

Gesundheitliche Schwierigkeiten, verursacht u.a. durch fraktionsinternes „Mobbing“ seitens des damaligen Fraktionsvorsitzenden Alfred Bohnen, sollen erheblich zu Buhlmanns Demission beigetragen haben.

Der Jurist Dr. Buhlmann erfuhr für seine richtungsweisenden Leistungen in fast allen kommunalen sozialen Handlungsfeldern bundesweit und parteiübergreifend hohe Anerkennung und wurde u.a. mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet



Von damaligen Ratsmehrheiten wurde Buhlmann jedoch unter Federführung seiner eigenen Partei für den Anstieg der städtischen Schulden verantwortlich gemacht.

Dass diese Denkweise auch 20 Jahre nach Buhlmanns Ausscheiden vorherrscht, zeigt der Kommentar eines Lesers dieses Artikels überdeutlich:



[Mehr zum Thema rp-online: Günther Buhlmann: Soziales Netz der Stadt ist sein Kind](#)

Zitat:

„Wahrer Demokrat:

Der Beitrag liest sich nett

Man könnte aber auch sagen, dass Herr Buhlmann einen nicht unerheblichen Anteil der Verantwortung dafür trägt, dass diese Stadt heute mit mehr als einer Milliarde € verschuldet ist.“
(Kommentar Ende)

Dass es auch Alfred Bohnen als CDU-Fraktionschef war, der dazu beitrug, dass Beigeordneter Erich Oberem sein CDU-Parteibuch zurückgab, wurde schon thematisiert.

Der Bezug zu heute ist einfach: „Wie die Alten sangen, so zwitschern auch die Jungen“ – nur mit anderen Stimmen, Tönen und Instrumenten und in andere Richtungen ...

1 Kommentar zu diesem Artikel:

Stadtfilzer schrieb am 24.02.2015 um 10:23 Uhr:

Es wäre sehr interessant von dem Kommentator in der RP zu erfahren, wie er zu dieser Feststellung kommt.

Wie sah dessen „nicht unerhebliche Schuld“ an der Verschuldung Gladbachs mit heute mehr als 1 Milliarde wohl konkret aus?

Gerüchte sind etwas geniales.

Irgendjemand setzt sie in die Welt und irgendwann weiß keiner mehr, dass es nur Gerüchte waren und diese mutieren zur gerne genommenen „Wahrheit“.

Sicher ist, dass keiner, der in einer Partei nicht stromlinienförmig ist, eine lange Halbwertszeit hat.

Schließlich gibt es immer genügend, die warten an die Tröge zu kommen und mitklüngeln zu können.

Teil IX: Schlegelmilch und Heinrichs geht es nicht schnell genug • GroKo gibt Oberbürgermeister Reiners den Ausschreibungstext vor



Obwohl die Abwahl von Andreas Wurff noch nicht vollzogen ist, beantragt die GroKo für die „Abwahl-Ratssitzung“ am 16.03.2015 die Ausschreibung dieses Postens mit dem Ziel, am 17.06.2015 einen neuen Dezenten zu wählen.

Nicht Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners in seiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter und damit Chef der Verwaltung und Dienstherr der Dezenten legt die Qualifikationen fest, sondern die beiden „GroKo“-Fraktionsvorsitzenden.

„Erwartet wird eine verantwortungsbewusste, entscheidungsfreudige und engagierte Persönlichkeit“ heißt es im Ausschreibungstext, über den abgestimmt werden soll.

Die Wahrnehmung des Amtes erfordere Kooperationsbereitschaft, sowie hohe soziale und kommunikative Kompetenz.

Erwartet werde die Fähigkeit, mit den städtischen Tochtergesellschaften in den Bereichen Stadtentwicklung, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung eng zusammenzuarbeiten.

Erwartet werden insbesondere:

- adäquate Erfahrung in der Leitung größerer Organisationseinheiten und in der Mitarbeiterführung
- eine mehrjährige Berufspraxis im öffentlichen Dienst, vorzugsweise in den Fachbereichen Tiefbau und Stadtgrün, Stadtentwicklung und Planung, Geoinformation und Grundstücksmanagement, Bauordnung und Denkmalschutz und Gebäudemanagement
- Erfahrung im Umgang mit Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

und die Bereitschaft, den Wohnsitz in Mönchengladbach zu nehmen.

Wer auch immer den beiden führungs- und verwaltungsunerfahrenen Polit-Amateuren die Feder geführt haben mag, man erkennt schon, dass sie sich **sehr wohl** die von Dr. Hans Peter Schlegelmilch angeblich **nicht** erwartete „eierlegende Wollmilchsau“ wünschen.



Mehr zum Thema [Causa Wurff • Teil V: CDU sucht Baudezernent/in: Annette Bonins frühzeitige Absage klug • Dr. Hans Peter Schlegelmilch: „Bauliche Fachkompetenz eher hinderlich“ \(?\)](#)

Interessant wird sein, wie sich die FDP-Fraktion, deren voraussichtliches Votum in der „Causa Wurff“ noch nicht bekannt ist, in der „Abwahl-Ratssitzung“ verhalten wird.

Die FDP-Fraktion hatte für ihre Entscheidungsfindung die nun vorliegende Stellenausschreibung erwartet.

Dass die Stellenausschreibung schon vor der Abwahl von Andreas Wurff „auf den Markt“ geworfen wird, deutet darauf hin, dass sich die GroKo, die mit 50 Stimmen (49 + 1 Stimme von OB Reiners) über die rechnerische Mehrheit verfügt, ihrer Sache doch nicht so sicher zu sein scheint.

Relative „Sicherheit“ verspricht sie sich möglicherweise davon, wenn sie sich der drei FDP-Stimmen im Rat sicher sein könnte.

4 Kommentare zu diesem Artikel:

Ypsilon schrieb am 5.03.2015 um 18:46 Uhr:

Wenn das mit der FDP mal gutgeht!

Felix Heinrichs, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der SPD beim Aschermittwoch:

FDP: die sind, wenn sie alle da sind, ne richtig schlagkräftige Truppe, es waren mal mehr ...

Besonders kritisch könnte es hinsichtlich der Unterstützung der GroKo bei der Abwahl von Herrn Wurff werden, denn, wie sagte Herr Heinrichs:

„Sie selber (die FDP) wissen auch noch nicht was sie tun sollen ... !“

Ob sie im Sinne der CDU/SPD zwecks Abwahl von Herrn Wurff wissen was sie tun sollen oder was nicht?

<http://www.bz-mg.de/politik-verwaltung-parteien/spd/politischer-aschermittwoch-der-spd-2015-%E2%80%A2-teil-iii-heinrichs-die-fdp-mit-zwei-videos.html>

Kerstin Königs schrieb am 6.03.2015 um 11:20 Uhr:

Wissen die Herren Schlegelmilch und Heinrichs was sie tun oder man sie angewiesen hat zu tun?

Gerade Herr Heinrichs agiert als hätte er schon wer weiß was geleistet.

So ein, verkneife mir jetzt, was ich am liebsten schreiben würde, offensichtlich unerfahrener, junger Mensch benimmt sich arrogant ganz im Stil Daumen rauf oder runter.

Das sind Momente, in denen ich mich noch mehr frage, ob die repräsentative Demokratie wirklich uns Bürger repräsentiert.

Sind wir etwa auch alle so?

Ich verwehre mich dagegen.

Dieser ganze Vorgang ist widerlich. Mal sehen, wen die sich schon ausgeguckt haben.

Das mit der Ausschreibung ist für mich reines Theater!

D.Breymann schrieb am 7.03.2015 um 00:43 Uhr:

Liebe Frau Königs,

Natürlich steht der neue Dezernent schon fest. Er muss allerdings noch von der Bilderberg-Konferenz bestätigt werden. Auf dem Mond war er übrigens genau wie die Amerikaner nie. Bitte gehen Sie mit diesen Insiderinformationen vertraulich um. 😊

Kerstin Königs schrieb am 7.03.2015 um 11:39 Uhr:

Lieber Herr Breymann,

vielen herzlichen Dank, dass Sie mich und demzufolge auch andere Leser in diese Geheimnisse einweihen!

Selbstverständlich werde zumindest ich mit Ihren Insiderinformationen nicht nur äußerst, sondern absolut vertraulich umgehen!

Bezüglich der restlichen Leser gehe ich – vertrauensvoll auf deren Verantwortungsbewusstsein – davon aus, dass auch diese sich Ihrem Vorschlag gemäß verhalten werden.

Sie haben leider noch versäumt auf Verschwörungstheoretiker hinzuweisen.

Das liegt vermutlich daran, dass Sie mir und den Lesern so viel Intelligenz zutrauen, dies aus Ihren Insiderinformationen zu schließen.

Vielen Dank für Ihr unglaublich großes Vertrauen in mich. 😊

Teil X: Grüne wollen geheime Wahl

• Sasserath erwartet von OB Reiners (CDU) Aufklärung über die Rechte der Ratsmitglieder



Für Montag, 16.03.2015 hat die CDU im Stadtrat eine Sondersitzung beantragt.

Auf der Tagesordnung steht bekanntlich die Abwahl des Planungsdezernenten Andreas Wurff, dessen Amtszeit vertraglich erst 2018 endet.

Die vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans Peter Schlegelmilch initiierte Abwahl ist ein Vorgang, der nicht nur in Mönchengladbach seines Gleichen sucht.

Wie Karl Sasserath mitteilt, plant die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sondersitzung zum Tagesordnungspunkt „Abberufung des Technischen Beigeordneten“ eine geheime Abstimmung zu beantragen.

Grundlage dafür ist § 11 Abs. 7 Satz 2 der Geschäftsordnung für Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüsse in der Stadt Mönchengladbach.

Um sicher zu gehen, dass er nicht in seinen Rechten als Mitglied des Rates behindert wird, hat Sasserath Oberbürgermeister Hans-Wilhelm Reiners (CDU) in dessen Funktion als Versammlungsleiter um Rechtsauskunft hinsichtlich des Planes gebeten, eine geheime Abstimmung in der Ratssondersitzung durchführen zu lassen.

„Ich möchte gerne von Herrn Reiners wissen, ob er meinem Antrag auf geheime Wahl zustimmen und über die geplante Abwahl des Planungs- und Baudezernenten in dem dargestellten Verfahren entschieden wird“, erklärt Sasserath.

Als Frist für die Antwort hat er dem OB den 09.03.2015 gesetzt. „Ich hoffe sehr, dass ich bis dahin eine belastbare Antwort von Herrn Reiners bekomme“, so Sasserath.

Der Mönchengladbacher Oberbürgermeister hatte sich im Zusammenhang mit den Abwahlplänen öffentlich geäußert, er wolle bei einer Abstimmung zur Abwahl des Planungs- und Baudezernenten Andreas Wurff „seine Hand für die Abberufung“ heben.

Als Verwaltungschef hat er nach Ansicht der Grünen mit dieser Aussage seine Fürsorgepflicht gegenüber dem technischen Beigeordneten als Mitarbeiter der Verwaltung grob verletzt.

Zum Hintergrund:

In der Geschäftsordnung des Rates heißt es in § 11, Abs. 7:

„Wahlen werden durch Erheben der Hand vollzogen. Wenn das Gesetz es bestimmt oder wenn ein Ratsmitglied widerspricht oder einen entsprechenden Antrag stellt, wird durch Abgabe von Stimmzetteln gewählt.“

Demgegenüber heißt es in § 11, Abs. 4:

„ ... Beantragt ein Ratsmitglied geheim abzustimmen, hat der Oberbürgermeister festzustellen, ob der Antrag ebenfalls von insgesamt mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder getragen wird; ist dies der Fall, ist durch Abgabe von Stimmzetteln geheim abzustimmen. ...“



Mehr zum Thema [Geschäftsordnung für den Rat, die Bezirksvertretungen und die Ausschüsse in der Stadt Mönchengladbach vom 28. Juni 1995](#)

Dezernenten werden per Wahl in ihre Ämter. Folglich wäre logischerweise auch die Abberufung als **Abwahl** einzustufen, womit es zu einer geheimen Wahl kommen muss, wenn auch nur ein Ratsmitglied eine geheime Abstimmung verlangt.

Von großem Interesse wird sein, ob Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners in seiner Funktion als Versammlungsleiter die Geschäftsordnung des Rates im Sinne des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Hans-Peter Schlegelmilch, auslegen wird.

Schlegelmilch dürfte größtes Interesse daran haben, dass nicht geheim abgestimmt wird.

Hätte die offene Abstimmung doch für ihn den Vorteil, den Mitgliedern des Rates, deren Meinung von der des CDU-Fraktionsvorsitzenden abweichen, die Möglichkeit erheblich zu erschweren, mit „Nein“ zu stimmen.

Sollte den Ratsmitgliedern die Möglichkeit einer geheimen Abstimmung nicht gegeben werden, ist denkbar, dass es zur rechtlichen Auseinandersetzung mit Ratsmitgliedern der Grünen kommt.

1 Kommentar zu diesem Artikel:

medienanalystin schrieb am 11.03.2015 um 10:16 Uhr:

Wie nicht anders zu erwarten stimmt die FDP gegen Herrn Wurff, wie die RP heute berichtet, Zitat:

„Auch die FDP will Andreas Wurff nicht mehr“.

Wollten die ihn überhaupt jemals? Kann ich mir nicht vorstellen.

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/auch-die-fdp-will-andreas-wurff-nicht-mehr-aid-1.4933882>

Genauso wenig wie ich je verstehen werde, warum die FDP 2009 mit Grünen und SPD zur Ampel zusammen ging.

Die FDP wartet jetzt doch nur auf einen günstigen Zeitpunkt wieder mit der CDU gemeinsam Politik machen zu können.

Aktuell ist das in Gladbach auch schon fast eine Ménage-à-trois.

Eine junge Liebhaberin wie die SPD mit Felix Heinrichs mag vielleicht ganz nett sein aber letztendlich zieht es die CDU doch auch viel mehr zu altbewährtem.

Wie das im Leben mit so mancher Gewohnheitsbeziehung ist, in der Kosten und Nutzen eine größere Rolle spielen als Liebe oder Ideale.

Alles reiner Opportunismus.

So isses eben.

Teil XI: „VorWURFF: niX! • RausWURFF: Warum?!“ • Demo gegen Abwahl des Baudezernenten

Raus-Wurff

Nein Danke!

Bürgerinnen und Bürger verschiedener Organisationen verstehen und akzeptieren die von CDU und SPD beantragte Abwahl des Planungs- und Baudezernenten Andreas Wurff (parteilos) nicht und werden ihrem Missfallen vor der Ratssitzung am 16.03.2015 ab 16:00 Uhr vor dem Rathaus Rheydt kundtun.

Dazu diese Pressemitteilung der erstunterzeichnenden Organisationen:

Wo jetzt „ein gestörtes Verhältnis“ zur Abwahl durch die GroKo ausreichen soll, las die Öffentlichkeit die letzten Jahre von „Stadterneuerung und -gestaltung machen große Fortschritte“ (1) und „Wer dieser Tage durch die Stadt fährt, sieht an allen Ecken und Enden Aufbruch“ (2).

Auch die Wirtschaft zeigt sich zufrieden, dies bestätigten noch kürzlich die städtischen Unternehmen WFMG und EWMG mit der Aussage „Alle Kurven verlaufen positiv“ (3) und meinten damit auch die Baustellen für neue Unternehmen in der Stadt.

Voraus gingen schon Lobesworte vom Konzertveranstalter Lieberberg (4) und dem Investor mfi (5).

Auch die Seite der Verkehrsverbände und Umweltschützer zeigt sich zufrieden.

So werden die für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen unfreundlichen Bettelampeln endlich Stück für Stück abgeschafft (6) und ein Nahverkehrsplan wurde endlich auf den Weg gebracht (7).

Auch wenn es nie jeder und jedem im Detail recht gemacht werden kann, in der Summe ließe sich die Liste der Erfolge nahezu endlos ergänzen. Kurz und niederrheinisch gesagt:

Et Löppt!

Deswegen darf es nur eine Antwort geben:

Kein RausWURFF!

So sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, Herrn Wurff vor der Ratssitzung noch mal ihren Dank zu zeigen und das passend zum Thema als Bauarbeiter.

Maleranzüge stellt das Bündnis vor Ort zur Verfügung. Gerne sollen passende Werkzeuge von A wie Ambus über P wie Pinsel bis zu Z wie Zollstock mitgebracht werden.

Eher pessimistisch beurteilen die Unterzeichnenden die Hoffnung, dass doch noch Ratsmitglieder der Mehrheitsfraktionen zur Einsicht kommen und sich dem Zwang entziehen und ihrem Gewissen folgend gegen eine Abwahl stimmen.

Erstunterzeichnende Organisationen:

- ATTAC Ortsgruppe Mönchengladbach
- VCD Kreisverband Heinsberg/Mönchengladbach/Viersen
- Bündnis90/Grüne MG
- Piratenpartei MG
- Die PARTEI MG
- DIE LINKE MG

(1) Ehemaliger Oberbürgermeister Bude (SPD) in der RP vom 30.12.2013:

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/bude-die-stadt-hat-grosse-fortschritte-gemacht-aid-1.3915019>

(2) RP am 09.08.2012 über den positiven Aufbruch in der Stadt:

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/gladbach-eine-grosse-baustelle-aid-1.2944026>

(3) Bericht über den Aufschwung vom 28.01.2015:

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/gutes-jahrzehnt-auf-dem-arbeitsmarkt-aid-1.4830388>

(4) 20.08.2014: Erneut lobte Lieberberg die Arbeit der Stadtverwaltung. "Wir sind wirklich sehr angetan von der Professionalität und Hilfsbereitschaft von Verwaltung und Politik"

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/lieberberg-sind-auf-gutem-weg-aid-1.4464047>

(5) 29.01.2015: „... sehr viel Lob von Investoren wie Mfi bekommen“:

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/andreas-wurff-wir-haben-einen-guten-job-gemacht-aid-1.4833302>

(6) Verkehrswende MG zum Rückbau der Bettelampeln:

<https://www.facebook.com/466684863414791/photos/a.551039021646041.1073741829.466684863414791/800282783388329/?type=1>

(7) 09.02.2015: Masterplan soll das Fahrradfahren voranbringen

<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/ein-masterplan-soll-das-fahrradfahren-voranbringen-aid-1.4858847>

BürgerZeitung Mönchengladbach

Mühlenstraße 208 • 41236 Mönchengladbach
Telefon (0 21 66) 92 43 03 • Telefax (0 21 66) 92 43 04
redaktion@bz-mg.de

APPENDIX

Weil die Haupt-Protagonisten Dr. Hans Peter Schlegelmilch (CDU) und Felix Heinrichs (SPD) die wirklichen Gründe für die Abwahl des parteilosen Mönchengladbacher Baudezernenten Andreas Wurff nicht preisgeben wollten - und formalrechtlich auch nicht mussten - nutze letzterer den so genannten „Politischen Aschermittwoch“ seiner Partei zu einer allenfalls mittelmäßig gelungenen Rechtfertigung und einem ebenso „niveau“-entsprechenden Angriff auf die ehemaligen Ampel-Kooperationspartner B90/Die Grünen:

Politischer Aschermittwoch der SPD 2015 • Teil V: Heinrichs & die Grünen [mit Video]



Bezüglich der Grünen im Mönchengladbacher Rat hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Felix Heinrichs am 18.02.2015 nur ein Thema: Die Causa Wurff.

Warum das „Vertrauensverhältnis“ gegenüber dem Baudezernenten nachhaltig gestört sei, was eine Abberufung rechtfertigen würde, nannte er nicht. Ist formalrechtlich grundsätzlich auch nicht notwendig.

Lediglich die Termine von Gesprächen mit Andreas Wurff hatte Heinrichs parat: 29.09.2014, 24.10.2014, 17.12.2014 und 20.01.2015.

Was in diesen Gesprächen behandelt worden war, ließ Heinrichs offen.

Aus der CDU war dazu zu hören, man habe mit Wurff über Beschwerden von Bürgern und Investoren über die Abwicklung von Vorhaben geredet, ihm empfohlen, sich beruflich „anderweitig zu orientieren“ und ihm dabei sogar die Hilfe der CDU angeboten.

Dass Heinrichs in diesem Zusammenhang auch die Nicht-Wiederwahl des Sozialdezernenten Dr. Michael Schmitz (CDU) am 19.03.2014 thematisierte, ließ aufhorchen.

Für die Wiederwahl von Schmitz hatten in geheimer Abstimmung 31 Ratsmitglieder votiert, 32 waren dagegen.



[Mehr zum Thema Rechts- und Sozialdezernent Dr. Michael Schmitz nicht wiedergewählt • Stellenausschreibung erst nach der Kommunalwahl](#)

Spekulationen darüber, wer – außer den damals 23 CDU-Ratsmitgliedern – auch noch für Schmitz seine Stimme abgegeben hatte, waren schon damals müßig.

Dennoch versuchte Heinrichs – weil er in dieser Phase seiner Rede auf die Grünen einging – den Eindruck zu erwecken, dass „Mehr-Stimmen“ von den Grünen gekommen seien.

Woher er die Überzeugung nahm, dass es bei der geheimen Abstimmung keine Stimmen aus der SPD für Schmitz gegeben hatte, konnte sich, so wie Heinrichs den Vorgang resümierte, wohl keinem Zuhörer erschließen und grenzte an Kaffeesatzleserei.

Was er mit diesem Exkurs erklären oder gar beweisen wollte, blieb nebulös.



Das zugehörige Video kann über diesen Link und/oder die vorstehende QR-Grafik angesehen werden:

<http://www.bz-mg.de/?p=108542>

2 Kommentar zu diesem Artikel:

Noch enne Buur schrieb am 2.03.2015 um 20:07 Uhr:

Mein Jott – wat es de spd vörr enne sälde Klömpkeskub jewu'ede.

Do hand de „Schwatte“ enne Typ, dä möt dr Knöppel (kann mr och „Schlegel do vörr saare) enn de Mellek erömm haut, on nu hand de „Ru'e“ enne Typ, dä hat nikks en de Venger on vrsökk (versucht) möt däm nikks Schuum ze schlare.

Be däm janze Jekwatsche mot esch an de Kirmes danke: Vörr de Vü'erställung an de Bud wu'ed emmer jru'et Jedöns jemäkk – en de Bud – wenn mr betallt hodde – wat wu'er? Jenau – net völl.

Äver mr wosse dat – vörr de Bud es emmer jru'ete Palaver.

Do hodde mr enns be dä Hoop Hönner enne jonge Haan.

Jott – wat meek dä e Jedöns – dä schloch möt de Vlüjel wie enne Jru'ete – vrsoot (versuchte) möt dr jru'ete Haan möt ze halde.

Be dä janze Palaver wat dä Haan do mek, hot dä de Hönner janz vrjesse – jenau do vü'er wu'er dä doch aanjeschaff wu'ede.

Enne dämlische Haan dä de Hönner net trä'ene (treten) kann – on och noch du'er vo'ere (füttern) – dat jet jo janet.

Enn dr Pott es dä och net jekomme – do wu'er jo nikks draan. Blos e paar Vä'ere (Federn) von Stä'ez (Schwanz) send ü'verrisch jebli'eve.

Wat esch domöt saare well?

Möt sonn säldje Vüjel wolle die „ru'et jevärfde schwatte“ Waale jewinne? Enne sekser em Lotto es sescherer.

On noch jät: Dä Haan heschden „Felix – dr Jlöckliche“. Dä Naam hot minn Frau däm jejo'eve.

M. Angenendt schrieb am 2.03.2015 um 23:21 Uhr:

Aus dem Artikel: „Was in diesen Gesprächen behandelt worden war, ließ Heinrichs offen.“

Genau das ist der Punkt. Die Aufzählung vier relativ zeitnaher Termine sagt in dieser Sache gar nichts, außer ganz deutlich: man will einen anderen Dezernenten.

Der sehr junge Herr Fraktionsvorsitzende Heinrichs und sein GroKo-Kollege Dr. Schlegelmilch (und die anderen im Hintergrund) wollen uns doch nicht ernsthaft verkaufen, dass es, bei derart knapp aufeinander folgenden Terminen (!!), um eine ernsthaft angestrebte Problemlösung mit Ausnahme einer einzigen ging: Irgendein passender Vorwurf plus Abwahlandrohung und die mehr oder weniger freundliche Aufforderung an Herrn Wurff, sich doch gefälligst eine andere Stelle zu suchen.

So hatte man sich das wohl vorgestellt.

Nach Möglichkeit geräusch- und widerstandslos, damit nichts an der GroKo, so wie nun geschehen, hängen bleibt.

Am liebsten wäre es der GroKo wohl gewesen, dass Herr Wurff sich „mal eben“ auf die Schnelle verabschiedet hätte, um sein Amt schnell zur Verfügung zu stellen.

Eine entsprechende Verlautbarung, dass sich der Baudezernent leider, leider anderweitig orientiert hätte, inklusive üblicher Dankfloskel die veröffentlicht worden wäre und gut wäre es (für die GroKo) gewesen.

Das war wohl der Plan.

Stellen sich „ehren“-amtliche Politiker so Personalpolitik vor?

Realitäts- und praxisferner (auch aus arbeitsrechtlicher Sicht) geht es wohl kaum.

Billig!

Bürgerzeitung Mönchengladbach

Mühlenstraße 208 • 41236 Mönchengladbach
Telefon (0 21 66) 92 43 03 • Telefax (0 21 66) 92 43 04
redaktion@bz-mg.de